

Frieden – Arbeit – Menschenwürde: Leben für die Zukunft



**Spurensicherung: die IG Metall Nürnberg
zwischen 1945 und 1983**

**Geschichte erlebt und erzählt
von Horst Klaus und Paul Ruppert**

Frieden – Arbeit – Menschenwürde: Leben für die Zukunft
Spurensicherung: die IG Metall Nürnberg zwischen 1945 und 1983
Geschichte erlebt und erzählt von Horst Klaus und Paul Ruppert

Horst Klaus, von 1956 bis 1968 Gewerkschaftssekretär, von 1974 bis 1983 erster Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg, von 1983 bis 1992 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Paul Ruppert, von 1972 bis 1977 Gewerkschaftssekretär, von 1978 bis 1992 zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg.

Jürgen Wechsler, von 1992 bis 2008 zweiter Bevollmächtigter, von 2008 bis 2010 erster Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg, ab Juli 2010 Bezirksleiter der IG Metall Bayern.

Andreas Weidemann, seit 2008 zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg.

Barbara Wittmann, von 1980 bis 2007 Gewerkschaftssekretärin in der IG Metall-Verwaltungsstelle Nürnberg.

**Frieden – Arbeit – Menschenwürde:
Leben für die Zukunft**
Spurensicherung: die IG Metall Nürnberg
zwischen 1945 und 1983
Geschichte erlebt und erzählt
von Horst Klaus und Paul Ruppert

**Herausgegeben von der Verwaltungsstelle
der IG Metall Nürnberg**

VSA: Verlag Hamburg

Unser besonderer Dank gilt unserer Kollegin Barbara Wittmann für ihre hervorragende Arbeit beim Zusammentragen der Materialien und für ihre Unterstützung bei der Umsetzung der Texte.

Horst Klaus Paul Ruppert

www.igm-nuernberg.de

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2010, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: Abschlusskundgebung gegen Sozialabbau 11.6.1988

Foto auf der Umschlagrückseite: Demonstration gegen Sozialabbau 1982

(beide Fotos: Archiv der IG Metall Nürnberg)

Druck und Buchbindearbeiten: Fuldaer Verlagsanstalt

ISBN 978-3-89965-417-2

Inhalt

Vorwort	7
von Jürgen Wechsler und Andreas Weidemann	

Nürnberger Spezialitäten

Horst Klaus Gewerkschaften in Nürnberger Metallbetrieben 1945-1983	10
--	----

Barbara Wittmann Unser Haus – das Gewerkschaftshaus	31
---	----

Paul Ruppert Die BRV-Info	35
---	----

Einschätzung und Bedeutung für die Gewerkschaftsarbeit
und die Kampfkraft der IG Metall Nürnberg

Paul Ruppert Nürnberger Tand	39
--	----

Horst Klaus Die Nürnberger Zweiradindustrie	46
Eine Branche nach 1945, die es heute nicht mehr gibt	

Nürnberger Gewerkschafts-Geschichte: erlebt und erzählt

Horst Klaus Gewerkschaftsakteure	50
--	----

Jean Inselfberger 50 | Otto Kraus 51 | Hans Perl 56 | Karl Schmidbauer 57 | Walter Ranzenberger 62

Horst Klaus Arbeit – Frieden – Menschenwürde	65
--	----

Ein politischer Lebenslauf

Zwischen Stadt, Land und Kriegseindrücken – Eine Kindheit in Schlesien 65 | Kurze Lehre und Flucht 69 | Ankunft in Nürnberger Bunkern: die Lehrzeit 71 | Als Genosse, Streikposten und Jugendvertreter 75 | Restauration auf der Tagesordnung 77 | Auseinandersetzungen um Remilitarisierung und Betriebsverfassung 80 | Der '54er Streik 82 | Paulskirchenappell und Betriebsratsarbeit 84 | »Völker singen – Völker tanzen«: der IG Metall Jugendchor 86 | Jugendsekretär 87 | Kampf gegen die Atombewaffnung 89 | Jugendarbeit »15 Jahre nach dem Zusammenbruch« 91 | Ostermärsche 1961-1964: durch Felder, Wälder und Wiesen 94 | Betriebsnahe Bildungsarbeit 98 | Studienfahrten der Gewerkschaftsjugend 99 | Kampf gegen die NPD 100 | Notstand der Demokratie 101 | Parteiordnungsverfahren 105 | Der letzte Ostermarsch der Atomwaffengeegner 107 | Jugendarbeit im IG Metall-Vorstand – »Opas Berufsbildung ist tot« 108 | Gegen Krieg und Faschismus 111 | Internationaler Austausch – mit Haken 112 | Jugendarbeit 1970/71 – Einflüsse der antiautoritären Bewegung 114 | Betriebsverfassungsgesetz '72 und der Tod Otto Brenners 115 | »Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens« 118 | Zweite Israel-Delegation 118 | »Jede junge Stimme

macht die Jugend stärker« 120 | Moskau drei Jahre später 122 | Rückkehr nach Nürnberg als 1. Bevollmächtigter 123 | Arbeitslosigkeit und Angriffe auf die soziale Sicherung 128 | Reform der Industriegesellschaft – Mitbestimmung 130 | Tarifpolitik: früher Start in die 35-Stunden-Woche 134 | »Wehrtechnische Betriebe« und gewerkschaftliche Friedenspolitik 136 | Beitragsaktion 138 | Strauß & Co: Angriffe auf die Gewerkschaften 139 | »Der Bayernmonat muss weg« 144 | Technischer Wandel – Sicherheit der Arbeitsplätze 147 | Nachrüstung – Konflikt um den Krefelder Appell 148 | Widerstand gegen Sozialabbau – Humanisierung der Arbeit 151 | Aktualität der Einheitsgewerkschaft – Kontroverse um Arbeitszeitverkürzung 153 | Bruch der sozialliberalen Koalition – »Wehret den Anfängen« 155 | »Jeder Tag muss ein Antikriegstag sein« 157 | Auftakt zur 35-Stunden-Woche 160 | Nachfolge von Georg Benz – erneuter Abschied aus Nürnberg 160

Paul Ruppert

Leben für die Zukunft 164

Ein politischer Lebenslauf

Kindheit: gute Erinnerung an eine schwierige Zeit 164 | Lehrzeit für ein ganzes Leben 165 | Der Bayernstreik 167 | Familie und Betriebsrat 169 | Stationen: SPD – DGB – Meister 170 | Wachstumsjahre – bis zur Betriebsschließung 171 | Einstieg in die Verwaltungsstelle 174 | Bewegte Zeiten – in Politik und Betrieb 176 | Die Front der Arbeitgeber – Angriffe auf die Mitbestimmung 177 | Führungswechsel in der Verwaltungsstelle 188 | Ende der Ära Brandt – Gewerkschaftsarbeit unter Krisenbedingungen 189 | Starke IG Metall – aber beginnender Niedergang der Nürnberger Metallindustrie 191 | Oft unterschätzt: sozialpolitische Interessenvertretung 193 | Große Schuhe, die mich da erwarteten 194 | Antwort auf die Krise: 35-Stunden-Woche 195 | Devise: Weitermachen 196

Aktiv und engagiert: auch und besonders im Detail

Horst Klaus

Bildungsarbeit der IG Metall Nürnberg 197

Horst Klaus

Die Anfänge gewerkschaftlicher Jugendarbeit 207

Barbara Wittmann

Gewerkschaftsarbeit mit und von Frauen 213

IG Metall Nürnberg

**Entwicklung der Betriebsratswahlen von 1950 bis 1984
in der Verwaltungsstelle** 216

IG Metall Nürnberg

Vertrauensleutarbeit in der Verwaltungsstelle 224

IG Metall Nürnberg

Auszüge aus den Geschäftsberichten (1948-1983) 229

Anhang

Führende Funktionäre der IG Metall Nürnberg 288

Mitglieder der Ortsverwaltung 1945-1983 290

Beschäftigte der IG Metall-Verwaltungsstelle Nürnberg 293

Chronologie: Von der Aufbauperiode nach dem Zweiten Weltkrieg zum Strukturwandel
in den 1980er Jahren 296

Beschlagnahme der Vertreterliste 1958 302

Vorwort

Seit über 100 Jahren ist Nürnberg eine Hochburg der Arbeiterbewegung und ein Zentrum der Metallindustrie und des Metallhandwerks. Bereits 1883 erschien die erste Ausgabe der Metallarbeiterzeitung. Bis 1933 war Nürnberg der Sitz des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), des Vorläufers der heutigen IG Metall.

Am 2. Mai 1933 wurde unser Gewerkschaftshaus in der Karthäusergasse von den Nazis besetzt und viele Kolleginnen und Kollegen verhaftet. Nach der Befreiung vom Faschismus waren es in erster Linie Metallerrinnen und Metaller, die an den Neuaufbau von freien Gewerkschaften gingen.

Der 8. Mai 1945 war die Geburtsstunde einer wieder organisierten Arbeitnehmerschaft und unserer IG Metall. Nun erscheint dieses Buch »Frieden – Arbeit – Menschenwürde: Leben für die Zukunft« im Auftrag der IG Metall Nürnberg, das die Entwicklung von 1945 bis 1983 beinhaltet. Die Beiträge und Dokumente wurden von zwei Zeitzeugen, die maßgeblich an der Entwicklung der IG Metall Nürnberg ab 1945 beteiligt waren, verfasst und zusammengetragen.

Horst Klaus, geboren 1930, war von 1974 bis 1983, als Nachfolger von Otto Kraus, erster Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg. Er begann 1945 eine Metallerlehre in Nürnberg und war bereits 1949 als Streikposten bei den Triumph-Werken im Metallerstreik beteiligt. Er ist ein Zeitzeuge und Gewerkschafter der ersten Stunde nach 1945, der maßgeblich mitgewirkt hat, die IG Metall Nürnberg zu dem zu machen, was sie immer ausgezeichnet hat, nämlich das Stärkste, was die Schwachen haben.

Paul Ruppert, geboren 1935, war von 1978 bis 1992 als Nachfolger von Karl Schmidbauer zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg. Er begann 1950 eine Ausbildung als Werkzeugmacher und Mechaniker und wurde zum Betriebsrat bei der Firma Lubeca-Werke in Nürnberg gewählt. Auch er ist ein Zeitzeuge von Anfang an und hat ebenfalls entscheidend dazu beigetragen, die IG Metall Nürnberg zu einer starken Gewerkschaft auszubauen. Beiden Kollegen hat die IG Metall viel zu verdanken.

In diesem Buch erzählen sie die Geschichte der IG Metall Nürnberg von 1945 bis 1983 in sehr beeindruckender Art und Weise. Die Metallerrinnen und Metaller in Nürnberg haben früh erkannt, dass die Fehler von vor 1933 nicht mehr wiederholt werden dürfen. Aus der Geschichte lernen heißt, damals wie heute, dass eine Demokratie vor allem starke Gewerkschaften braucht. Aus dieser Erkennt-

nis ist es nicht verwunderlich, dass bereits ab dem 15. Mai 1945 in den Nürnberger Metallbetrieben wieder Betriebsräte installiert wurden. Analog gründete sich bereits im September 1945 in Nürnberg der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) als einer der ersten Gewerkschaften in Bayern neu. Bereits im November 1945, nach Genehmigung der Militärregierung, fanden die Wahlen zum Vorstand und die Konstituierung für Nürnberg statt.

Im Jahresbericht der amerikanischen Militärregierung vom 28. Juni 1946 steht: »Bezüglich der Betriebsratswahlen war deshalb Nürnberg dem Rest von Bayern weit voraus. Bis zum Dezember waren insgesamt 323 Betriebsratswahlen durchgeführt, 808 Betriebsräte waren gewählt, um 57.069 Arbeiter zu vertreten. Ähnlich war der ADGB in Nürnberg eine der ersten Gewerkschaften, die in Bayern gebildet wurden.«

In diesem Buch wird die Gewerkschaftsarbeit der IG Metall Nürnberg beschrieben, wie sie in den Betrieben organisiert wurde, wie sich daraus die kollektive Stärke entwickelt hat, um im Betrieb tarifpolitisch – aber auch gesellschaftspolitisch – durchsetzungsfähig und, wenn es nötig war, auch streikfähig zu sein. Diese gelegten Fundamente der Gewerkschaftsarbeit wirken bis in die Gegenwart. Nürnberg war das Zentrum aller Metallstreiks in Bayern.

Das Buch belegt aber auch beeindruckend, dass Gewerkschaftsarbeit der IG Metall nicht nur im Betrieb stattfindet. Das zeigen die Berichte über die Bildungsarbeit, die Jugendarbeit, die gewerkschaftliche Frauenarbeit oder die Rolle der Betriebsräteinfo, die seit 1945 bis heute als »Netzwerk« für die betriebsübergreifende Stärkung der gesamten IG Metall in Nürnberg an jedem Mittwoch im Gewerkschaftshaus abgehalten wird.

Die Geschichte Nürnbergs ist bis heute eng verbunden mit einer langen Industriegeschichte. Vor allem die Metallindustrie war immer eine der tragenden Säulen, die in der Spitze über 94.000 Beschäftigte hatte. Im Buch wird beschrieben, welche Unternehmen in Nürnberg bis heute einen prägenden Namen haben, aber es sind auch die benannt, die im Laufe der Jahrzehnte nach 1945 geschlossen wurden oder dem Strukturwandel zum Opfer gefallen sind.

Gewerkschaftsarbeit in Nürnberg war schon sehr früh geprägt von gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, insbesondere gegen die Remilitarisierung, für den »Kampf dem Atomtod«, gegen Notstandsgesetze und dem Beginn der Ostermarschbewegung für Frieden und Abrüstung.

Ab Ende der 1970er Jahre und danach hat die IG Metall Nürnberg Industrie- und Strukturpolitik zu einem gesellschaftlichen Thema in Nürnberg und weit darüber hinaus gemacht. Mit Alternativkonzepten, wie z.B. »Beschäftigungsplan statt Sozialplan«, ist bis heute der Kampf um den Industriestandort Nürnberg eine nicht enden wollende Herausforderung für die IG Metall Nürnberg.

In diesem Buch werden auch die Gewerkschaftspersönlichkeiten gewürdigt, die von 1945 bis 1983 die IG Metall Nürnberg in herausragender Weise geleitet

haben, zu erwähnen sind im Besonderen die ausführlichen Lebensgeschichten von Horst Klaus und Paul Ruppert.

Ergänzt haben wir die Erzählungen mit Dokumenten aus unseren Archiven, die Aufschluss geben über die Rahmenbedingungen von 1945 bis 1983 und den Einfluss, den die IG Metall Nürnberg jeweils darauf genommen hat.

Wir freuen uns, dass dieses Buch in dem Jahr erscheint, in dem Horst Klaus seinen 80. Geburtstag und Paul Ruppert seinen 75. Geburtstag erleben durften.

Die IG Metall Nürnberg bedankt sich bei Horst Klaus und Paul Ruppert für ihre Arbeit zum Erscheinen dieses Buches.

Dieses Buch soll vor allem den nachfolgenden Generationen einen Einblick geben, wie ihre IG Metall nach 1945 aufgebaut und entwickelt wurde.

Nürnberg, im April 2010

Jürgen Wechsler, 1. Bevollmächtigter
Andreas Weidemann, 2. Bevollmächtigter

Horst Klaus

Gewerkschaften in Nürnberger Metallbetrieben 1945-1983

Nürnberg war bereits um die Jahrhundertwende ein Zentrum der Metallindustrie und eine Hochburg der Arbeiterbewegung. 1883 erschien hier die erste Ausgabe der »Deutschen Metallarbeiterzeitung«, bis 1933 war Nürnberg Sitz einer Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV).

So waren es nach dem Kriegsende wiederum in erster Linie Metaller, die an den Neuaufbau freier Gewerkschaften gingen. Der 8. Mai 1945 – das war die »Stunde Null«, »die Lücke zwischen dem Nichtmehr und dem Nochnicht«, wie Erich Kästner schrieb.

Es gab ein Davor und es gab ein Danach. Danach sollte etwas Neues werden: Ein soziales, demokratisches, friedliches Deutschland, von dem nie wieder Krieg ausgehen soll. Eine soziale Demokratie, in der das Gewicht von Millionen Stimmzetteln größer ist als die Aktienpakete der Millionäre. Eine Wirtschaftsdemokratie, in der die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften mitbestimmen; eine Neuordnung von Grund auf, weil »das kapitalistische Wirtschaftssystem den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden ist«, wie es die CDU 1947 im Ahlener Programm formulierte. Wirtschaftliche Macht sollte nicht wieder zu politischer Macht werden.

Das Neue also: Eine solidarische Gesellschaft, in der die Starken den Schwachen beistehen, in der die Menschenwürde und nicht der Mensch als Ware oberstes Prinzip ist. Der historische Augenblick war einmalig: die herrschende Klasse diskreditiert, der alte Staatsapparat vernichtet, das Militär geschlagen, die Partei des Faschismus tot. Aber Deutschland war ebenfalls am Ende. Eine handlungsfähige Arbeiterbewegung gab es nicht. Die Massen waren gelähmt durch zwölf Jahre Diktatur. Die besten Köpfe des Landes waren dem Terror zum Opfer gefallen oder emigriert; Ansätze zur grundlegenden Neuordnung im wirtschaftlich-gesellschaftlichen Bereich – etwa in Hessen oder Nordrhein-Westfalen – wurden von der kapitalistischen Führungsmacht der westlichen Alliierten zunichte gemacht.

Schließlich waren die Amerikaner nicht nach Deutschland gekommen, um uns den Sozialismus zu bringen. Sie wollten in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse Deutschland und Europa wirtschaftlich gesunden lassen und das freie Unternehmertum sichern. Sie wollten den Sozialismus verhindern, dem Kommunismus zuvorkommen, französische Pläne zur Zerstückelung Deutschlands verhindern und die Sowjetunion in Mitteleuropa in Schranken halten.



Die Regierungsgewalt lag nun bei den Siegermächten, in Bayern bei der US-amerikanischen Militärregierung, die auch für die Anerkennung der vorläufigen Betriebsräte zuständig war, die schon kurz nach Kriegsende entstanden waren.

Am 15. Mai bei AEG, am 25. Mai bei Siemens (SSW), bei den Triumph-Werken am 7. Juni und bei den Victoria-Werken am 11. Juni 1945 wurden vorläufige Betriebsräte (BR) gebildet, die bis zur Genehmigung regulärer BR-Wahlen durch die Militärregierung ihre Arbeit aufnahmen. Ende Juni gab es bereits etwa 50 solcher Betriebsräte. Die Genehmigung war unter anderem an folgende Bedingungen gebunden:

- Jede politische Betätigung des Betriebsrats ist unzulässig
- Streiks sind bis auf Weiteres verboten
- Unerlaubt bleibt jede Tätigkeit des Betriebsrats, die als Versuch angesehen werden könnte, den Betrieb zu übernehmen und dem Betriebsinhaber Vorschriften zu machen

So lauteten die Formulierungen im Amtsblatt der Militärregierung vom September 1945. Sie dokumentieren unmissverständlich die Intentionen der Besatzungsmacht.

Schon kurze Zeit nach den ersten BR-Wahlen organisierten die bis dahin vorhandenen Betriebsräte eine Zusammenkunft zur gegenseitigen Information über Erfahrungen bei der Wiedereingangssetzung der Produktion und der Säuberung der Betriebe von Nazis. Die Zusammenkunft fand ohne Genehmigung der Militärregierung statt; die Einladung erfolgte von Mund zu Mund. Das hatte Folgen: »Kaum waren wir zusammen und hatten einen Sprecher gewählt, wurden wir durch ein Panzeraufgebot der Amerikaner aufgelöst«, berichtet ein Teilnehmer. Er und ein weiterer AEG-Betriebsratskollege wurden »kurzfristig festgenommen«.

Diese erste Betriebsräte-Zusammenkunft, an der etwa 40 Kollegen teilnahmen, ist die Geburtsstunde der bis heute stattfindenden wöchentlichen Betriebsräte-Informationsstunde der Nürnberger IG Metall. An der zweiten Zusammenkunft nahmen bereits 120 Kolleginnen und Kollegen teil. Mitte August wandte sich diese »Arbeitsgemeinschaft der Betriebsratsvorsitzenden« mit einer kritischen Stellungnahme zur Wohnraumpolitik der Stadtverwaltung und der Aufforderung zu entsprechenden Maßnahmen an den Oberbürgermeister. Betriebsräte wie Gewerkschaften standen vor völlig neuen, ungewohnten Aufgaben und ungeheuren Schwierigkeiten. Zwei Drittel der industriell bzw. gewerblich genutzten Gebäude und die Hälfte der Wohngebäude waren total zerstört oder schwer beschädigt. Die Ernährungslage war katastrophal, der Mangel an Brennstoff und elektrischem Strom nicht weniger dramatisch.

Da mussten die Trümmer weggeräumt, die Maschinen repariert, Dächer gedeckt und Fenster eingeglast werden, oft genug mit Sperrholz, Blech oder Pappe. Die ehemaligen Soldaten, entlassene Kriegsgefangene und die politischen Häftlinge mussten wieder in den Betrieb eingegliedert werden. Kurzarbeit oder vorübergehende Betriebsstilllegungen mussten geregelt werden – aus Gründen, die man früher gar nicht kannte: Materialmangel, Stromsperrern, fehlendes Heizmaterial in den Wintermonaten. Und da war vor allem die Beschaffung von Kleidung, Schuhen und Nahrung, das Ringen um Schwerarbeiterzulagen, Milch für Schweißler und Lötinnen, Waschmittel, Klopapier. Schließlich wurden Betriebsräte und Gewerkschaft konfrontiert mit Demontagen, mit Preistreiberei, Kompensations- und Schwarzmarktgeschäften.

Ende Mai 1945 beträgt die Lebensmittelzuteilung für Normalverbraucher 1.164 Kalorien; für die nächsten vier Wochen müssen vier Kilogramm Brot reichen. Das städtische Gesundheitsamt verweist auf eine erheblich gestiegene Säuglingssterblichkeit und eine starke Gewichtsabnahme bei Erwachsenen, auch ist der Ernährungszustand der Schulkinder merklich schlechter geworden. Schon zeichnen sich zusätzliche Probleme ab: So ist die Hausbrandversorgung nicht

gesichert, obwohl die Stadt Holz einschlagen lässt. Siemens will 50 Beschäftigte für Holzgewinnung abstellen; der Betriebsrat fordert, dass dafür nur Nazis eingesetzt werden. Den Arbeitnehmern fehlt es an allem, deshalb drängen die Betriebsräte auf Beschaffung z.B. von Winterbekleidung. Siemens beschafft 50 Uniformmäntel, Triumph 69 Wolldecken. Manche dieser Maßnahmen werden durch die BR-Arbeitsgemeinschaft eingefädelt: Heiz- und Kochplatten, Tauchsieder von AEG, für Fahrradbereifung und Fahrradbeleuchtung von Triumph. Da mussten aber auch die Betriebe gesäubert werden von aktiven Nazis, jenen vor allem, die als Vorgesetzte oder »Arbeitskameraden« KZ-Häftlinge misshandelt, Fremdarbeiterinnen schikaniert und Nazi-Gegner denunziert hatten.

Angesichts der Tatsache, dass um die 15% der Beschäftigten vor dem 8. Mai 1945 Mitglieder bzw. Funktionäre der Nazi-Partei gewesen waren, Angestellte eher überdurchschnittlich, war die Entnazifizierung Wochen und Monate Thema der Betriebsratarbeit. Bei Triumph kam es in 28 von 62 Ende August überprüften Fällen zur Entlassung, zehn ehemals Beschäftigte wurden nicht wieder eingestellt und in zehn Fällen erfolgten Abgruppierung bzw. Aufstiegsstopp. Bei SSW führte die Überprüfung bis Anfang November zu etwa 150 Entlassungen. Hier ist der Betriebsrat im Spätherbst insbesondere mit dem Fall Dr. Knott konfrontiert, der während der Nazizeit Werkleiter und »Wehrwirtschaftsführer« war. Im Oktober 1946 wurde er von der Nürnberger Spruchkammer I als »Hauptschuldiger« eingestuft, zwei Jahre später galt er nach einem Wiederaufnahmeverfahren als »Mitläufer«. Während im Gerichtsgebäude an der Fürther Straße die zwölf Hauptkriegsverbrecher abgeurteilt wurden, zog sich die Entnazifizierung in den Betrieben hin. Mehr noch: Anfang 1947 kommt es zu Sprengstoffanschlägen auf zwei Spruchkammern, den Institutionen des Entnazifizierungsgesetzes. Die Empörung in den Betrieben löst spontane Arbeitsniederlegungen aus. Der MAN-Betriebsrat fordert, unterstützt von heftig protestierenden Arbeitern, die Entlassung von vier leitenden Angestellten, die Mitglieder der NSDAP gewesen waren. Dem Aufruf der Gewerkschaften folgend versammelten sich am 4. Februar 1946 mittags Zehntausende zu einer Protestkundgebung auf dem Hauptmarkt. Lorenz Hagen, der Präsident des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, verurteilt auf das schärfste die Anschläge und forderte unter großem Beifall unter anderem die sofortige Verhaftung aller durch die Spruchkammern zu Arbeitslager verurteilten Nazis.

Gründung der Gewerkschaften

Während die ersten vorläufigen Betriebsräte relativ schnell entstehen und tätig werden konnten, dauerte es bei den Gewerkschaften länger. Hintergrund waren Differenzen in der Militärregierung. In den Betriebsräten, z.B. bei SSW,

wurde darüber berichtet, auch bei den Treffen der BR-Vorsitzenden bereiteten sich die Kolleginnen und Kollegen auf die Gründung einer Gewerkschaft vor. Als dann die Genehmigung vorlag, wurden innerhalb weniger Tage weit über 10.000 Unterschriften in den Betrieben gesammelt – das war die Bedingung der Militärregierung für den offiziellen Gründungsaufruf.

Am 26. November 1945 konstituierte sich der Vorstand des ADGB Nürnberg. Zum Vorsitzenden wurde der Metalller Lorenz Hagen gewählt. Am 9. Dezember wurde der »Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund« mit einer Gründungsfeier im Opernhaus aus der Taufe gehoben.

Die erste Maifeier nach dem Kriegsende veranstaltete der Nürnberger ADGB 1946 auf dem Zeppelinfeld. »Nach der Zahl der verkauften Karten haben fast 50.000 Menschen an dieser Maifeier teilgenommen«, berichteten damals die »Nürnberger Nachrichten«. Lorenz Hagen betonte in seiner Rede die Notwendigkeit des Ausbaus der Sozialversicherung und des gesamten Arbeitsrechts. Er forderte die »Demokratisierung der gesamten deutschen Wirtschaft« und sagte: »Nur die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiterschaft durch ihre Gewerkschaft kann verhindern, dass durch eine deutsche Schwerindustrie nochmals ein Weltunglück entsteht und der Weltfriede gestört wird.«

Die von den Alliierten beschlossenen Demontagen von ganzen Betrieben oder Betriebsteilen bezweckten einerseits die Verhinderung künftiger Rüstungsproduktion, andererseits ging es um Reparationsleistungen. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Unternehmen, aber auch die Stadt und ihre Bewohner, denen es ohnehin an allem mangelte, waren Demontagen geradezu eine Existenzfrage.

Zu den für die Demontage zunächst vorgesehenen ca. 20 Betrieben gehörte die Firma Noris-Zündlicht. Der Betriebsrat der Victoria-Werke berichtet über eine gemeinsame Sitzung mit dem Betriebsrat von Noris-Zündlicht im Oktober 1946. Dort hatte zuvor eine russische Kommission die Demontage des Betriebes angekündigt. Das hätte nicht nur für die Victoria-Werke, sondern für die gesamte Nürnberger Zweiradindustrie, die damals etwa 10.000 Menschen beschäftigte, dramatische Folgen gehabt: Von den Lichtmaschinen, die Noris-Zündlicht produzierte, hing die Motorradproduktion von Ardie über Hercules und Mars bis Triumph und Zündapp ab.

Bei VDM wollten die Amerikaner eine große Presse demontieren. Darauf besetzte der Betriebsrat das monströse Produktionsmittel und wurde prompt von den Amerikanern verhaftet. Als die elf BR-Mitglieder nach zwei Tagen freigelassen wurden und wieder in den Betrieb kamen, war die Presse weg. Über die Auswirkungen der befürchteten Demontagen wurde nicht nur in den verbliebenen elf im Oktober 1947 auf der offiziellen Liste stehenden Betrieben diskutiert. Als schließlich in gemeinsamer Aktion von Betriebsräten und Gewerkschaften, Kammern und Stadtrat sieben gestrichen worden waren, befand sich

Die Maifeier 1946

a) Antrag des ADGB Nürnberg an die Militärregierung auf Genehmigung der Maifeier, 11. April 1946

StadtAN F 6 Nr. 29 (3). (OMGBY 13/8-3/15)

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Nürnberg beabsichtigt am 1. Mai 1946, dem Tag der Arbeit, in der Zeit von 13 Uhr Mittag bis 21 Uhr abends eine große gewerkschaftliche Veranstaltung abzuhalten. Es wird mit einer Besucherzahl von 25.000 Menschen gerechnet. Als Veranstaltungsort denken wir uns die Arena des Stadions oder den Hauptmarkt in Nürnberg. Als einziger Redner wird der 1. Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herr Hagen, eine Ansprache halten, bei der die Bedeutung des Tages hervorgehoben wird.

Sportliche Veranstaltungen (Fußball und Leichtathletik), Tanz für die Jugend und Spiele für die Kinder sollen diese Feier umrahmen. Wir ersuchen die Militärregierung um Genehmigung dieser Feier.

Bericht der »Nürnberger Nachrichten«, 4.5.1946, über die Maifeier im Stadion

Maifest der Fünzigtausend

Vom herrlichsten, sommerlichen (etwas dunstigen) Wetter begünstigt, hat Nürnberg den 1. Mai nach 14 Jahren wieder in voller Freiheit festlich begangen. Der Erfolg des Aufrufs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes übertraf alle Erwartungen. Nach der Zahl der verkauften Karten haben fast 50.000 Menschen an dieser Maifeier teilgenommen. Sie füllten die eine Wallseite der Zepelinwiese, sie saßen auf den Stufen der überdimensionalen Säulenhalle und das überaus lebendige Bild konnte fast mit der Zuckerbäcker-Architektur einer verflossenen Gigantomanie versöhnen.

Der schönste Gedanke aber war, dass diese Menschen alle freiwillig gekommen waren, um für die Ideale des 1. Mai zu zeugen, um für den neuen Sinn der Arbeit, für friedlichen Wiederaufbau und für internationale Verständigung zu demonstrieren.

Der festliche Teil wurde mit der Ouvertüre zu »Iphigenie auf Tauris« von Gluck eingeleitet, gespielt vom Städtischen Orchester. Der 2. Vorsitzende des ADGB, Fritz Salm, begrüßte die Erschienenen, besonders Oberbürgermeister Ziegler und den Senior der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Josef Simon. Er gedachte der Opfer des Naziregimes, zu deren Ehren sich die 50.000 von den Plätzen erhoben, während der Volkschor »Hans Sachs« das »Opferlied« von Beethoven sang. Ein Satz aus der herrlichen »Unvollendeten« von Franz Schubert und der Chor »Empor zum Licht« von Uthmann leitete über zur Festrede

des 1. Vorsitzenden des ADGB, Lorenz Hagen, »Der 1. Mai und seine Bedeutung für die Schaffenden«.

Er setzte die Unterdrückung der letzten zwölf Jahre in Parallele zum Sozialistengesetz, aus dem die Arbeiterbewegung ebenfalls gestärkt hervorging und er zeigte die ganze Verwüstung auf, die das »Dritte Reich« auf dem Gebiet der Sozialpolitik und des Gewerkschaftslebens hinterlassen hat. Wieder einmal müssen die Schaffenden, abermals müssen die Gewerkschaften in die Bresche springen, um das ungeheure Trümmerfeld zu säubern und wieder Ordnung in das Chaos zu bringen. Am 1. Mai aber wollen sie auch wieder ihre Forderungen an die Weltöffentlichkeit und den neuen Staat richten. Sie fordern einen gerechten Frieden ohne Zerstückelung Deutschlands, eine entschiedene Demokratisierung der Wirtschaft mit einem weitgehenden Mitbestimmungsrecht der Schaffenden, ein geeintes Europa in einer friedlichen, freien Welt. Mit lebhaftem Beifall wurde die Bitte an die Siegermächte um Freilassung der unbelasteten Kriegsgefangenen unterstrichen. Der Redner forderte den Neuaufbau der Sozialversicherung auf der Grundlage der Selbstverantwortung, den Ausbau des Arbeitsrechts und die Festlegung der vollen Koalitionsfreiheit. Die Schaffenden erheben am 1. Mai den Anspruch auf die Führung im neuen demokratischen Volksstaat, den sie durch ihrer Hände Arbeit wieder aufrichten wollen.

Nachdem der lebhafte Beifall verklungen war, schloss »Tord Foleson« und der Huldigungsmarsch von Grieg den festlichen Teil der Maifeier. Der sportliche Teil brachte viel Abwechslung für die Augen. Zuerst durch ein Handballspiel der Spielvereinigung Fürth gegen eine Nürnberger Auswahlmannschaft, das die Fürther ziemlich hoch, aber gerecht mit 16:4 gewannen, und durch ein Fußballspiel ASV Fürth gegen Johannes 83, das 2:2 endete. Dazwischen gab es 100-Meter-Läufe, Volkstänze der Sozialistischen Jugendgruppen, Boxkämpfe und lustige Sportspiele, Staffelläufe und Radrennen um die große Tribüne. Mit dem Tanz für die Jugend (und wer sich noch dazu rechnete), schloss die denkwürdige Maifeier 1946. Sie war ein beglückender Anfang und zukunftsverheißende Wiederaufnahme einer Tradition der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung seit mehr als einem halben Jahrhundert.

Auszüge aus: Das rote Nürnberg, Band IV

unter den vier verbliebenen Betrieben einer, dem als für den Wiederaufbau besonders wichtigen Betrieb bereits Ende Mai 1945 die Wiedereinbetriebnahme genehmigt worden war.

Anfang 1946 verschärft sich die Lage bei der Stromversorgung. Bei Victoria z.B. geht es um Betriebsstilllegung wegen Kohlenmangel. Der Betriebsrat verlangt, dass »unbedingt ein Teil der Belegschaft beschäftigt wird«, schließlich dürften Menschen, »die sechs Jahre im Krieg waren oder ausgebombt worden sind, nicht sechs Wochen ohne Verdienst bleiben«. Die Firma will einen Teil

der Beschäftigten zu Aufräumarbeiten bei MAN abstellen. Der Grund der Misere: Zwar waren im Sommer 247 Ster Holz eingeschlagen worden, aber weil im Herbst Kohlen fehlten, stand man kurz vor Weihnachten ohne Heizmaterial da. Erst am Tag vor Heiligabend wurden 20 Tonnen Braunkohle angeliefert. Da hatte der Betriebsrat beim Arbeitsamt bereits Kurzarbeit angemeldet – was ihm nach Weihnachten eine Rüge eintrug. In der Niederschrift einer Sitzung von Geschäftsleitung und Betriebsrat der Triumph-Werke vom 25. April 1947 ist zu lesen: »Anlass zu der Sitzung war eine Anweisung des Gebietslastverteilers von Nürnberg, der uns am 25.4.1947 morgens um 10:00 Uhr darüber unterrichtet, dass wir mit Rücksicht auf die katastrophale Lage ab sofort bis auf Weiteres den Strom abzuschalten haben. Ein Versuch, uns wenigstens die Genehmigung zu geben, dass wir an dem einen oder anderen Tag arbeiten könnten, war ohne Erfolg.«

1946/47 verschlechterte sich die Lebensmittelversorgung weiter, sodass sich sogar Firmenleitungen wie Siemens veranlasst sahen, Anfang April 1947 dem zuständigen bayerischen Minister den äußerst bedenklichen Ernährungszustand der Belegschaft und das dadurch bedingte Absinken des Leistungsniveaus darzulegen. Anfang Juni scheitern Verhandlungen des Bayerischen Gewerkschaftsbundes mit den Arbeitgebern über die 40-Stunden-Woche. Mitte Juli forderten mehrere hundert Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen von MAN und VDM vor dem Nürnberger Rathaus die Einführung der 40-Stunden-Woche und eine Erhöhung der Lebensmittelzuteilung. Der Oberbürgermeister empfing eine 15-köpfige Delegation, die ihm den Ernst der Lage schilderte. Wenn keine Besserung eintrete, müssten unter Umständen sogar Plünderungen befürchtet werden.

Als Ende des Jahres 1947 keine Änderung der Lage zu erkennen war, wurden die Proteste heftiger. Mitte Januar fand im Holzmüllerbau in der Rosenau eine Protestversammlung von 3.000 Betriebsräten statt. Da in ganz Bayern die Proteste immer wütender wurden und die bayerische Staatsregierung es ablehnte, über das Sieben-Punkte-Programm des Bayerischen Gewerkschaftsbundes zur Behebung der Notlage zu verhandeln, rief der BGB zu einem 24-stündigen Generalstreik am 25. Januar 1948 auf. In Nürnberg gipfelte diese Protestaktion in einer Massenkundgebung auf dem Hauptmarkt, an der rund 80.000 Arbeiterinnen und Arbeitnehmer teilnahmen.

Zum Präsidenten des im März 1947 gegründeten Bayerischen Gewerkschaftsbundes (BGB) wurde Lorenz Hagen gewählt, der den Neuaufbau der Gewerkschaften in Nürnberg in Angriff genommen hatte – zusammen mit Jean Inselfberger, der dessen Nachfolge als Vorsitzender des BGB Ortsausschusses Nürnberg antrat. Dieser hatte bis dahin die 25.000 organisierten Metaller und Metallerinnen unter den 56.000 Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen in Nürnberg vertreten. Sein Nachfolger bei der IG Metall Nürnberg wurde 1947

Otto Kraus, der bis zu seinem Ausscheiden aus Altersgründen 1974 immer wieder zum 1. Bevollmächtigten der IG Metall Nürnberg gewählt wurde.

Bis zur Währungsreform im Juni 1948 hatten die Gewerkschaften gegen steigende Preise nur protestieren können. Den seit der Nazizeit geltenden Lohnstopp hob die Militärregierung erst im November 1948 auf. Inzwischen waren die Preise weiter gestiegen. Von der IG Metall in Bayern schon kurz nach der Währungsreform aufgenommene Tarifverhandlungen zogen sich ohne Ergebnis hin bis in den Januar 1949; daraufhin rief die IG Metall ihre Mitglieder zum ersten Streik nach 1945 auf. An diesem Schwerpunktstreik, der vom 15. bis zum 22. Februar dauerte, waren in Nürnberg mehrere tausend Metaller und Metallerrinnen der Firmen MAN, Triumph und Neumeyer beteiligt. Der Unternehmerverband »Verein der bayerischen Metallindustrie« (VBM) drohte bereits in diesem ersten Arbeitskampf der Nachkriegszeit mit Aussperrung.

Mit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Oktober 1949 in München begann eine neue Phase der Gewerkschaftsarbeit. Die Einzelgewerkschaften, im BGB bis dahin quasi »Fachabteilungen« ohne Finanzhoheit, wurden zu autonomen Gewerkschaften und Industriegewerkschaften unter dem Dach des DGB; ihre Zuständigkeit für die Tarifpolitik sollte mehr und mehr Gewicht bekommen. Die stabile Verankerung der Gewerkschaft im Betrieb wurde zur entscheidenden Voraussetzung für tarifpolitisches Wirken und zur wichtigsten Aufgabe der IG Metall vor Ort. Entsprechende Bedeutung kam den Betriebsratswahlen zu.

Im Mai 1950 wählten in Nürnberg 51.246 Beschäftigte in 225 Betrieben der Metallindustrie und des Metallhandwerks 1.086 Betriebsratsmitglieder, von denen 1.019 der IG Metall angehörten. Dabei waren allein in den beiden größten Betrieben, den Siemens-Schuckert-Werken (SSW) und dem Nürnberger Werk der MAN 13.158 wahlberechtigte Arbeiter und Angestellte beschäftigt; in den 184 Betrieben mit jeweils weniger als 200 wahlberechtigten Beschäftigten waren es insgesamt nur 11.351. Die IG Metall, die 1950 48.000 Mitglieder zählte, war also keineswegs eine »Großbetriebsgewerkschaft«.

Unruhe in den Betrieben

Die neuen politischen Verhältnisse nach der ersten Bundestagswahl, die anhaltenden Preissteigerungen, die auf die von Ludwig Erhard vertretene Politik der sozialen Marktwirtschaft zurückgeführt wurden, und die demgegenüber zurückbleibende Lohnentwicklung bewirkten Unruhe in den Betrieben. Unter dem Eindruck zunehmender Proteste, namentlich aus Metallbetrieben, rief der DGB im März 1951 zu einer Kundgebung auf. 60.000 Nürnberger demonstrierten gegen Preissteigerungen und für eine »grundlegend andere Wirtschaftspolitik«.

Februar 1949: Der erste Lohnstreik in der bayerischen Metallindustrie nach Aufhebung des Lohnstopps

Bericht des Vorstands der IG Metall Bayern

Geschäftsbericht für die Zeit vom 4. Juni 1948 bis 15. August 1949 der Industriegewerkschaft Metall Bayern, S. 36-41.

Die schon seit langem von den Gewerkschaften geforderte Aufhebung des Lohnstopps erfolgte im Laufe des Monats November 1948. Der Beirat der IG Metall Bayern beschloss, an den VBM (Verein der Bayerischen Metallindustrie) die Forderung auf Bezahlung einer 30-prozentigen Teuerungszulage zu stellen. Durch die ungeheuer gestiegene Differenz zwischen Löhnen und Preisen hatte es zuerst den Anschein, dass auch die Arbeitgeber Verständnis für eine Erhöhung der Löhne und Gehälter haben würden. In diesem Sinne war auch das Antwortschreiben auf unsere Forderungen abgefasst.

Bei den entscheidenden Verhandlungen am 16. Dezember 1948 erklärten die Unternehmer jedoch, dass sie auf Grund der undurchsichtigen gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht in der Lage seien, auch nur die geringste Lohn- und Gehaltserhöhung zu gewähren. Sie wären jedoch bereit, vielleicht im Monat Januar 1949 wiederum zu Verhandlungen zusammenzukommen.

Auf Grund dieser Erklärung mussten wir die Verhandlungen als gescheitert betrachten und der Landesvorstand der IG Metall Bayern beschloss am 22. Dezember 1948 den Lohntarifvertrag zum 31. Januar 1949 zu kündigen.

Am 27. Januar 1949 traten die großen Tarifkommissionen des VBM und der Industriegewerkschaft Metall zu der ersten Verhandlung zusammen. Die Unternehmer vertraten auch hier den Standpunkt, dass die Schaffung eines neuen Tarifvertrages mit verbesserter Lohntafel und Änderungen der Relationen aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist und sie schlugen vor, den bestehenden Tarifvertrag bis zum 31. März 1949 zu verlängern.

Nach langwierigen Verhandlungen unter inoffizieller Einschaltung des Herrn Ministerialdirektors Oechsle waren sie zwar grundsätzlich bereit, eine materielle und befristete Zuwendung zu geben, doch konnte eine Einigung nicht herbeigeführt werden. Darauf wurde eine Sitzung im kleinen Kreis unter Assistenz des Herrn Ministerialdirektors Oechsle für den 27. Januar 1949 festgesetzt. Diese Sitzung endete mit einem Verhandlungsvorschlag des Arbeitsministeriums, der eine Überbrückungszulage von ca. 5 Pf pro Stunde vorsah, in seinem 2. Punkt

aber eine Klausel beinhaltete, die selbst diese geringe Zuwendung zu einer formalen Angelegenheit stempelte.

Obwohl die Annahme dieses Vermittlungsvorschlages den Unternehmern wenig oder gar nichts gekostet hätte, hielten sie es aus Prestige Gründen für zweckmäßig, noch eine Annahmefrist von 12 Tagen festzusetzen. Dabei mögen die Beschlüsse des lohnpolitischen Hauptausschusses der Arbeitgeberverbände in Wiesbaden vom 14. Februar 1949 ausschlaggebend gewesen sein. Die große Tarifkommission der IG Metall Bayern tagte dann am 29. Januar 1949 in Nürnberg, wo die vom Landesvorstand inzwischen gefassten Maßnahmen angenommen wurden. Nach einer gründlichen Diskussion wurde der Vermittlungsvorschlag des Arbeitsministeriums abgelehnt. Man ging dabei von der Feststellung aus, dass die Annahme dieses Vorschlages die Demonstration einer Schwäche unserer Organisation darstellen würde und einer Niederlage gleichkäme.

Ob die Arbeitgeber innerhalb dieser 12 Tage ebenfalls diesen Vorschlag annehmen, sei besonders zweifelhaft, zumindest fraglich. Man war sich aber darüber im klaren, dass durch die Ablehnung eine Lage geschaffen wird, die nicht mehr mit bloßen Demonstrationen wie im Herbst des vergangenen Jahres, sondern nur durch Kampfmaßnahmen zu bereinigen ist.

Als Einleitung des Kampfes wurde ein Flugblatt in einer Auflage von 100.000 Exemplaren herausgegeben, das eine Kampfansage an den VBM, nicht an die Arbeitgeber schlechthin beinhaltete.

Nachdem in den Orten München und Nürnberg eine Reihe von betrieblichen Verhandlungen geführt wurden, wurden dort, wo diese scheiterten, Abstimmungen und Arbeitsniederlegungen durchgeführt.

In der Zeit vom 15. bis 22. Februar 1949 legten 8 Betriebe mit zusammen 15.000 Beschäftigten die Arbeit nieder. In derselben Zeit wurden in 8 anderen Betrieben durch Androhung von Streik, in einem Fall durch Arbeitsniederlegung, Abschlüsse getroffen, die im Durchschnitt 50 Prozent unserer Forderungen erfüllten. Streikabstimmungen und betriebliche Abschlüsse wurden in Form von Durchsagen an die Presse, Abhaltung von Pressekonferenzen und Rundfunkansprachen popularisiert. Die Solidaritätsmarken im Werte von einer und zwei Mark mit einer Gesamtsumme von 300.000 DM wurden herausgegeben.

Die Unterstützungen wurden nach den Richtlinien der Bundessatzung gewährt, wobei die kurz vor dem Streik Eingetretenen einen bestimmten Prozentsatz erhielten und eine geringe Unterstützung für die Unorganisierten in Aussicht gestellt wurde. Die gesamte Verantwortung für die Durchführung des Streiks trug die geschäftsführende Landesleitung.

Drei Tage nach Ablehnung des Vermittlungsvorschlages des Arbeitsministeriums durch die Tarifkommission der Gewerkschaft nahm der VBM diesen Vermittlungsvorschlag an. Es war dies das erste Zurückweichen, die Aufgabe eines Prestiges. Nach dem Anlauf der ersten Streikmaßnahmen wurde von dem VBM ein Flugblatt in den Betrieben zum Aushang gebracht, in dem der Streik

der Metallarbeiter als das Werk »radikaler Elemente innerhalb der Industriegewerkschaft Metall« dargestellt wurde.

In einer Pressekonferenz wurde zu diesen Vorgängen Stellung genommen und die Verleumdung als ein Versuch, die geschlossene Reihe der Streikenden zu durchbrechen, festgestellt. Der Versuch bei der Fa. Triumph-Werke, Nürnberg, und Fa. Hurth, München, den Streikbruch zu organisieren, scheiterte an dem geschlossenen Willen der Streikenden, der Streikleitungen und der Gewerkschaftsfunktionäre.

In einer Rundfunkansprache stellte Herr Kommerzienrat Rodenstock als Sprecher des VBM der Gewerkschaft ein Ultimatum, innerhalb drei Tagen den Streik abzurechnen, andernfalls mit Aussperrungsmaßnahmen geantwortet werde. Die Gewerkschaft beantwortete dieses Ultimatum mit einer Erweiterung des Streikes (Renk, Augsburg) und mit einer Veröffentlichung der Entschließung des Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Metall der britischen und amerikanischen Zone, in der moralische und materielle Unterstützung zugesichert wurde. Nachfolgend der Wortlaut:

»Vorstand und Beirat der Industriegewerkschaft Metall für die britische und amerikanische Zone nahmen auf ihrer Tagung in Frankfurt a. M. am 22. Februar 1949 zu dem in der bayerischen Metallindustrie entstandenen Lohnkonflikt eingehend Stellung.

Die beiden Körperschaften erklären sich solidarisch mit den vom bayerischen Landesvorstand getroffenen Maßnahmen und sprechen den streikenden Kolleginnen und Kollegen für ihr diszipliniertes Verhalten ihre Anerkennung aus.

Sie weisen alle diskriminierenden und irreführenden Berichterstattungen eines Teiles der Presse zurück. Das Vorgehen eines Teiles der bayerischen Metallindustriellen ist der Beginn der Durchführung der von den Unternehmern in Wiesbaden festgelegten lohnpolitischen Richtlinien.

Vorstand und Beirat der Industriegewerkschaft Metall für die britische und amerikanische Zone warnen die Arbeitgeber vor dem Beschreiten des in Wiesbaden beschlossenen Weges und sichern den streikenden Arbeitnehmern in der bayerischen Metallindustrie ihre volle moralische und materielle Unterstützung zu.«

Maßgebende Vertreter des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes haben ihre Unterstützung öffentlich den Streikenden versichert.

Nach einer zweiten Pressekonferenz konnte eine merkliche Besserung der Presse gegenüber dem Kampf der Gewerkschaften festgestellt werden. Die Geschlossenheit des Kampfes, die Bezeugung der Solidarität und die Festigkeit der Streikleitung schufen eine Situation, die die Unternehmer veranlasste, am 24. Februar 1949 einem Vertreter des Arbeitsministeriums, Herrn Ministerialdirektor Oechsle, gegenüber durchblicken zu lassen, dass sie bereit wären, Konzessionen zu machen.

Am 24. Februar 1949 kam es dann nach 5-stündiger Verhandlung im Bayerischen Arbeitsministerium unter dem Vorsitz von Herrn Ministerialdirektor Oechsle zu einer Vereinbarung mit folgendem Wortlaut:

Vereinbarung

1. Der am 31. Januar 1949 abgelaufene Tarifvertrag wird rückwirkend auf den 1. Februar 1949 wieder in Kraft gesetzt und bis zum 31. Mai 1949 verlängert.
2. Als Überbrückungsbeihilfe für die Monate Februar und März 1949 erhalten die Arbeiter und Angestellten folgende Zulagen:

a) Verheiratete mit zwei und mehr Kindern	DM 24,
b) Alle übrigen mit Ausnahme der Jugendlichen unter 18 Jahren	DM 22,
c) Alle Jugendlichen unter 18 Jahren mit Ausnahme der Lehrlinge	DM 20.

 Für die Monate April und Mai erhalten die Arbeiter eine Überbrückungsbeihilfe auf die Lohnstunde in Höhe von

a) Verheiratete mit zwei und mehr Kindern	DM 0,09
b) Alle übrigen mit Ausnahme der Jugendlichen unter 18 Jahren	DM 0,08
c) Alle Jugendlichen unter 18 Jahren mit Ausnahme der Lehrlinge	DM 0,07

 Die Angestellten erhalten die gleiche Zulage auf der Basis von 200 Monatsstunden.
3. Betriebe, die durch die ganze oder teilweise Gewährung dieser Zulage nachweisbar in ihrem Bestand ernstlich gefährdet würden, können bis 7. März 1949 eine Schiedsstelle anrufen, die aus je 1 Arbeitnehmer- und 1 Arbeitgeberbeisitzer unter dem Vorsitz eines Unparteiischen aus dem Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge gebildet wird. Die Schiedsstelle entscheidet über einen Antrag endgültig. Die Parteien sind sich darüber einig, dass von der Härteklausel nicht mehr als höchstens 10 Prozent der in den Betrieben des VBM beschäftigten Personen erfasst werden dürfen. Zu diesem Zweck erklärt sich der VBM bereit, in eine Vorprüfung der Anträge der Betriebe einzutreten.
4. Das Urlaubsabkommen des Jahres 1948 wird für das Jahr 1949 übernommen. Die Arbeitgeber setzen dabei voraus, daß der Bayerische Landtag ein Feiertagsgesetz annehmen wird, das nicht mehr als neun gesetzliche Feiertage vorsieht. Sollte wider Erwarten ein solches Gesetz nicht angenommen werden, so erklären sich die Gewerkschaften bereit, in eine angemessene Korrektur des Urlaubsabkommens einzuwilligen.
5. Die Vertragsparteien verpflichten sich, spätestens am 15. März 1949 mit den Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu beginnen.

6. Die Gewerkschaften verpflichten sich, die streikenden Arbeiter und Angestellten aufzufordern, die Arbeit am Montag, den 28. Februar 1949, in sämtlichen bestreikten Betrieben wieder aufzunehmen.
7. Soweit Betriebe in Verbindung mit dem Streik Kündigungen ausgesprochen oder Arbeiterentlassungen vorgenommen haben, sind diese auf den 28. Februar 1949 zurückzunehmen.
8. Die Arbeitgeber verpflichten sich, aus Anlass des Streiks keine Maßnahmen gegenüber am Streik beteiligten Arbeitnehmern durchzuführen.
9. Die Vereinbarung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

München, den 24. Februar 1949.

Für den Verein der Bayerischen Metallindustrie: A. Rodenstock
zugleich für den Generaldirektor Meyer: Bunzel

Für die Industriegewerkschaft Metall: A. Wöhrle, F. Salm

Der Kampf dauerte insgesamt 12 Tage, wobei ein Betrieb sich nur fünf Tage im Streik befand. Nach einem Beschluss der Landesleitung wurde den streikenden Kolleginnen und Kollegen, da der 1. März vor der Tür stand, eine Mietsbeihilfe von 10 DM für Ledige und 15 DM für Verheiratete gewährt, so dass dort, wo ein richtiger Beitrag entrichtet wurde, entweder gar keiner oder nur geringer Verlust der normalen Einnahme zu verzeichnen war.

Unter Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse ist die Vereinbarung, wenn auch als bescheidener, so aber doch als Erfolg zu bezeichnen, wobei vor allem das Schwergewicht auf die Erhöhung des Stundenverdienstes um 9 Pfennig als Ausgangsbasis zur Schaffung eines besseren Ecklohnes zu legen ist. Eine Überbrückungszulage in der gleichen Höhe für Frauen und für die Angestellten ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung; ganz abgesehen davon, dass ohne diesen Kampf eine Urlaubsregelung für das Jahr 1949 in absehbarer Zeit nicht möglich gewesen wäre.

Gewerkschaftspolitisch gesehen ist der Erfolg dieses Kampfes ein bedeutender. Es wurde der Beweis geliefert, dass man unter schlechten Bedingungen bei der richtigen Einschätzung der Gesamtsituation und der Anwendung der dazu notwendigen Mittel und Kampfesform einen Kampf führen und ihn im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kräfte erfolgreich beenden kann. Das Zurückweichen der Unternehmer, ihre Abweichung von den Wiesbadener Beschlüssen, wird für zukünftige Verhandlungen in Bayern und in der Bizone und vor allem auch für die übrigen Industriegewerkschaften von einer bestimmten Bedeutung sein.

Wir glauben dieses Kapitel »Streik« in der Geschichte der IG Metall Bayern nicht ehrenvoller abschließen zu können, als wenn wir die Balkenüberschriften der Presse am 25. Februar 1949 zitieren:

»Höhere Löhne und mehr Urlaub für die Metallarbeiter«.

Streikversammlung der MAN-Belegschaft, 17. Februar 1949

Nürnberger Nachrichten, 19.2.1949

»Macht keine Streikbrecher!«

Der Metallarbeiterstreik, der bei einer Abteilung der MAN begann, hat inzwischen weite Kreise gezogen. Nachdem die Arbeiter der Kabelwerke Neumeyer ebenfalls die Arbeit eingestellt hatten und am Mittwoch noch einige MAN-Abteilungen dazu kamen, sperrte die Betriebsleitung der MAN die restliche gewerbliche Arbeiterschaft von insgesamt 5.500 Mann aus. In einer Streikversammlung fanden sich die MAN-Arbeiter am Donnerstagnachmittag im Klett-Park zusammen, um die Anweisungen der 13-köpfigen Streikleitung, die von ihnen bestätigt wurde, entgegenzunehmen. Vor allem wurde ihnen nahegelegt, sich nicht zum Streikbrecher herzugeben. Gegen die Weiterarbeit der Angestellten wurden keine Bedenken erhoben, solange sie ebenfalls keine Streikbrecher-Tätigkeit ausüben. Aus dem gleichen Grund wurden die Lehrwerkstätten, die bisher noch gearbeitet hatten, in den Ausstand übernommen. Aus Anschlägen an den Parkbäumen war zu ersehen, dass am Freitagnachmittag die Löhne ausbezahlt werden sollten. Wie die ganze Kundgebung, verlief die anschließende Bekanntgabe der Streiklokale in aller Ruhe. Die Mitteilungen der Streikleitung, dass die Triumph-Werke ebenfalls solidarisch die Arbeit niederlegen würden, und dass bei der Maschinenfabrik Leisritz die Verhandlungen bereits zum Erfolg geführt hätten, nahmen die Arbeiter mit Genugtuung auf.

Nach der Versammlung standen die Arbeiter noch in den Straßen um das Werk im Gespräch mit den Kollegen. Auf unsere Frage, was sie denn nun den ganzen Tag treiben würden, antwortete einer lachend: »Soll ich Ihnen beim Abspülen helfen? Sagen Sie's nur, wenn Sie mich brauchen! So schläft man halt möglichst lang, dann braucht man weniger zu essen.« Ein anderer schaltete sich ernst ein: »Es ist ganz gut, dass die Arbeiter mal Zeit zum Nachdenken haben, wie man mit ihnen umspringt. Zuerst hat man im Krieg alles verloren, dann hat man hungern müssen, dann ist das Geld hin gewesen und jetzt will man uns um den verdienten Lohn bringen, nachdem man das Ergebnis unserer Arbeit um gutes Geld verkauft hat.«

Auszug aus: Das rote Nürnberg, Band IV

Ein neuer Konflikt entwickelte sich um das bundeseinheitliche Betriebsverfassungsgesetz, das die entsprechenden Ländergesetze ablösen sollte. Der seit 1949 amtierenden Regierung Adenauer ging es nach Meinung der Gewerkschaften vor allem um die weitere Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten der Betriebsräte und um die Reduzierung des gewerkschaftlichen Einflusses in den Betrieben. In Nürnberg zogen am frühen Nachmittag des 26. Mai 1952 Zehntausende Arbeitnehmer von den Standorten der großen Metallbetriebe aus zur Kundgebung der 80.000 auf dem Hauptmarkt und forderten ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz. Nach der unveränderten Verabschiedung des Gesetzes durch die Mehrheit des Bundestages machte sich in den Betrieben Enttäuschung und Resignation breit. Und als die Remilitarisierung der neuen Bundesrepublik zur Debatte stand, begehrten nur noch Betriebsräte, Vertrauensleute und die Gewerkschaftsjugend auf.

Die Niederlage des DGB beim Kampf um die Betriebsverfassung hatte weitreichende Folgen. Um eine aktive Lohnpolitik der IG Metall von vornherein zu verhindern und der Gewerkschaft eine entscheidende tarifpolitische Niederlage beizubringen, steuerten die Metallindustriellen auf Kollisionskurs. Die im Frühjahr 1954 anstehenden Tarifverhandlungen wurden von VBM zuerst verweigert, dann verzögert, schließlich mit Gegenforderungen erschwert; selbst Schlichtungsbemühungen des bayerischen Arbeitsministers – in früheren Jahren erfolgreich – scheiterten. So kam es nach 13-wöchigem Taktieren der Arbeitgeber am 9. August zum Streik. Die Nürnberger Metaller und Metallerinnen hatten von Anfang an einen Arbeitskampf für möglich gehalten und sich darauf vorbereitet. Mit über 54.000 Mitgliedern war Nürnberg die mit Abstand größte Verwaltungsstelle der IG Metall im industriell noch wenig entwickelten Bayern. Aber nicht nur aus diesem Grund wurde Nürnberg zum stärksten Kraftfeld in diesem dreieinhalbwöchigen, stellenweise mit großer Härte geführten Arbeitskampf. Zwar gab es auch hier Auseinandersetzungen zwischen Streikposten auf der einen, Streikbrechern und Polizei auf der anderen Seite. Aber während an manch anderen IG Metall-Standorten die Streikfront unter dem massiven öffentlichen und politischen Druck, aber auch wegen organisatorischer Schwächen abbröckelte, blieb sie in Nürnberg stabil. In der ersten Woche streikten 27.769 Nürnberger Metaller, in der zweiten Streikwoche waren es 32.356, und am Ende des Arbeitskampfes waren es immer noch 29.905 Mitglieder der IG Metall, die als Streikende an der Urabstimmung über das Ende des Streiks teilnahmen.

Das unbefriedigende Ergebnis des Streiks wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Zwar waren die Facharbeiterlöhne und die Angestelltegehälter stärker erhöht worden als in allen anderen Tarifgebieten, doch bei den angelernten und ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen kam es zu einer dauerhaften Verschlechterung. Darüber hinaus waren die Metaller und Metallerinnen nach dem Ende des Streiks zahlreichen Maßregelungen durch die Arbeitgeber ausgesetzt.

Aber die Nürnberger Metaller und Metallerinnen waren stolz darauf, den Streik geschlossen durchgestanden zu haben. Und während die Mitgliederzahlen in anderen Verwaltungsstellen der IG Metall in Bayern nach dem Streik zeitweilig rückläufig waren, stieg sie in Nürnberg bis zum Jahr 1957 auf 55.600. Erst 1958/59 ging sie zurück auf 52.700, den niedrigsten Stand seit 1951.

Strukturwandel in der Metallindustrie

In diesen Jahren verzeichnete die Nürnberger Metallindustrie eine erste bemerkenswerte Strukturveränderung. Die einsetzende Automobilisierung verdrängte das Motorrad, sodass die weltbekannte Nürnberger Zweiradbranche, mit Ausnahme der Hercules-Werke, unterging. Zwar wurden die Arbeitsplatzverluste in dieser Branche von der rasch wachsenden Elektroindustrie mehr als wettgemacht, doch die Nürnberger Metallindustrie wuchs nur noch langsam. Die Zahl der in Betrieben mit Betriebsrat Beschäftigten stieg von 1953 (66.473) bis 1961 auf den Höchststand von 94.718 an, um in der Folgezeit auf hohem Niveau zu stagnieren. Die Rezession 1967/68 schlug sich auch hier mit einem drastischen Beschäftigungsrückgang nieder. Im Jahr 1968 wurden bei Betriebsratswahlen in 157 Betrieben nur noch 82.442 Beschäftigte registriert.

Noch stellte diese Entwicklung jedoch kein Problem dar, das für Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit am Ort prägend gewesen wäre. Die Verwaltungsstelle Nürnberg fungierte 1958 als Gastgeber des 5. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall für die Bundesrepublik. Der Vorstand der Organisation würdigte damit die Tradition der Metallarbeiterhochburg, aber auch die Tatsache, dass in der zu dieser Zeit bundesweit zweitgrößten Verwaltungsstelle beispielhafte Arbeit geleistet wurde. Der Aufbau gewerkschaftlicher Vertrauenskörper, die als Gewerkschaftsorgan neben dem Betriebsverfassungsorgan Betriebsrat den Einfluss der Gewerkschaft im Betrieb sicherstellen und erweitern sollten, war ebenso vorangekommen wie die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Die Jugendarbeit der Verwaltungsstelle mit ihren Jugendgruppen und besonders dem Jugendchor galt bundesweit als vorbildlich. Die nach dem Streik zurückgegangene Zahl organisierter Angestellter stieg langsam wieder, und die Frauenarbeit wurde verstärkt – immerhin war Nürnberg mit seiner Elektroindustrie ein Standort mit besonders vielen weiblichen Beschäftigten. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Metallarbeiter lag bei 30%.

Während die großen Tarifikämpfe dieser Jahre – der 16-wöchige Werftarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein um die Lohnfortzahlung für Arbeiter und Arbeiterinnen im Krankheitsfall und die Aussperrung von 250.000 Metallarbeitern und Metallarbeiterinnen Anfang Mai 1963 im baden-württembergischen Lohnkonflikt – die IG Metall in Nürnberg nicht unmittelbar berührten, gin-

gen die Betriebsräte ihren betrieblichen »Tagesgeschäften« nach. Es galt, die tariflich vereinbarte Verkürzung der Wochenarbeitszeit im Betrieb umzusetzen, ebenso die jeweiligen neuen Lohn- und Gehaltsregelungen, besonders die verbesserte Entlohnung von Frauen. Es ging um die korrekte Eingruppierung, die Einhaltung der Vorgabezeiten bei Akkordarbeit, Konflikte um Leistungsgrad, Wartezeiten und Ähnliches. Daneben standen Probleme wie Arbeitssicherheit, Jugendarbeitsschutz und Berufsausbildung im Mittelpunkt des Interesses. Von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich erfolgreich waren die Versuche, eine Weihnachtsgratifikation oder einen Zuschuss zum Urlaubsentgelt zu vereinbaren – »freiwillig, jederzeit widerrufbar«, wie es in den Betriebsvereinbarungen hieß. Noch war das ja nicht tarifvertraglich festgeschrieben.

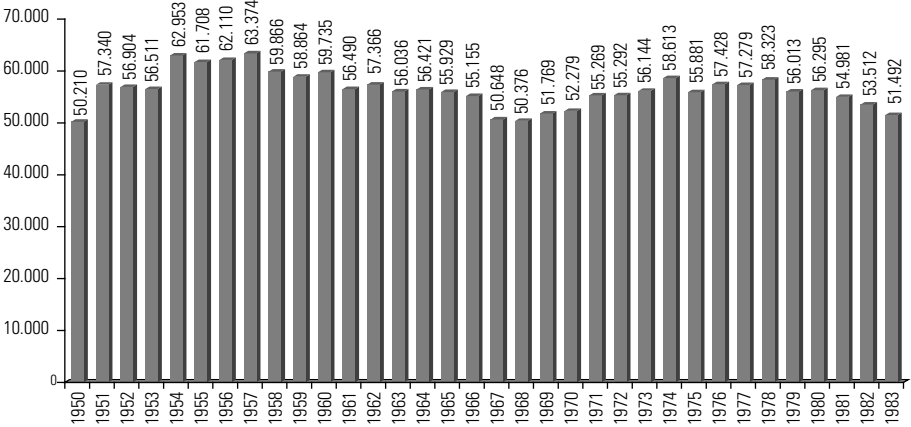
Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre wirkten die politischen Entwicklungen, die sich in Bonn anbahnten, auch in die betriebliche Gewerkschaftsarbeit. Die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und mehr noch die geplante Notstandsgesetzgebung beunruhigten die Gewerkschaften und ihre Mitglieder. In Nürnberg engagierte sich die IG Metall in der Aktion »Kampf dem Atomtod«. In den 1960er Jahren beteiligte sich vor allem die Jugend der IG Metall an den Ostermärschen der Atomwaffengegner und den Aktionen gegen den Krieg in Vietnam. Zunehmend diskutierte man in Vertrauensleute-Versammlungen der Betriebe die Gefahren der Notstandsgesetze für die Gewerkschaftsarbeit innerhalb und außerhalb der Betriebe.

Auch die im Zuge der Rezession schnell politisches Gewicht gewinnende NPD löste wachsende Besorgnis und Vergleiche mit den frühen 1930er Jahren aus. Während der Rezession 1966/67 verloren 6.800 Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Angestellte der Nürnberger Metallbetriebe ihren Arbeitsplatz. Die Betriebsräte mussten erkennen, wie unzulänglich in solcher Lage das Betriebsverfassungsgesetz war.

Aber die Krise schien rasch vergessen. Mit den Beschäftigungszahlen stieg auch die Zahl der IG Metall Mitglieder wieder an. In Bonn verabschiedete die sozialdemokratisch geführte Koalition eine Reihe sozialpolitischer Gesetze, die die Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit erheblich veränderten. Vor allem das fortschrittliche Betriebsverfassungsgesetz von 1972 brachte mehr Rechte für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bessere Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten für Betriebsratsmitglieder, erstmals praktisch wirksame Rechtsgrundlagen für die Arbeit von Jugendvertretern und Schwerbehinderten-Vertrauensleuten. In Nürnberg konnte die IG Metall erstmalig Betriebsratswahlen in 57 meist kleineren Betrieben organisieren. Das ging nicht überall ohne Konflikte ab, da manche Arbeitgeber die Wahlen zu verhindern suchten.

Mit dem Arbeitssicherheitsgesetz, dem Gesetz über betriebliche Altersversorgung, mit dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 verbesserten sich die Lagen der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz und die Handlungsmöglichkeiten ihrer

Mitgliederentwicklung der IG Metall Nürnberg 1950 bis 1983



Betriebsräte, doch erforderte dies das verstärkte Engagement der Betriebsräte und ihrer Gewerkschaft.

1972 konnten erstmals auch ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den Betriebsrat gewählt werden. In den Betrieben der Nürnberger Metallindustrie waren damals 15.500 ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt. Ihre Zahl hatte sich seit 1965 verdoppelt und sollte 1975 mit 23.000 (25% aller Beschäftigten) ihren Höchststand erreichen. Die Betriebsräte, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und die deutschen Stammbeschafteten leisteten in diesen Jahren beachtliche Integrationsarbeit.

Als Otto Kraus Ende 1973 aus der hauptamtlichen Gewerkschaftsarbeit ausschied, hatte er die IG Metall-Verwaltungsstelle Nürnberg 26 Jahre lang als 1. Bevollmächtigter geleitet. Seit 1957 vertrat er die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch im Bayerischen Senat. Schon 1950 war er als ehrenamtliches Mitglied in den Vorstand der IG Metall gewählt worden. Sein Nachfolger in beiden Funktionen wurde Horst Klaus.

Mitte der 1960er Jahre hatte Otto Kraus besorgt festgestellt, dass die Nürnberger Metallindustrie stagnierte. Mitte 1957 bis Mitte 1964 war sie um nur 8,4% gewachsen, im Unterschied etwa zu München (43%), von Ingolstadt (112%) gar nicht zu reden. In seinen Geschäftsberichten hatte Kraus ein mit zunehmendem Tempo rotierendes Karussell von Betriebsübernahmen, Zusammenlegungen, Verlagerungen und Betriebschließungen konstatiert. Schon zeichnete sich eine weitere Veränderung der Besitzverhältnisse ortsansässiger Betriebe ab, verbunden mit der Verlagerung der Entscheidungskompetenz auf weit entfernte, auch ausländische Konzernzentralen. Aber weder Kraus noch der Verfasser dieses Beitrages als sein Nachfolger ahnten die Probleme, die mit dem rasanten technischen Fortschritt und dem Strukturwandel der Nürnber-

ger Wirtschaft auf die IG Metall, die Beschäftigten und ihre Betriebsräte zukommen würden.

Rationalisierung und technischer Wandel bestimmten während der fast zehnjährigen Amtszeit von Horst Klaus (1974 bis 1983) die Entwicklung in der Nürnberger Metallindustrie. Neue Technologien und neue Werkstoffe, CNC-Maschinen und Industrieroboter steigerten die Produktivität und senkten die Beschäftigtenzahl. Neue Formen der Arbeitsorganisation, Betriebsdatenerfassung, CAD-Systeme in den Konstruktionsbüros und Arbeit am Bildschirm, Büro-rationalisierung bedrohten nun auch bisher sicher geglaubte Angestelltenarbeitsplätze. Das berichteten Betriebsräte aus 55 Betrieben im Zuge einer von Sybille Koepler und Gerd Lobodda initiierten, groß angelegten Untersuchung der IG Metall im Sommer 1980. Die Gewerkschaft forcierte Information und Bildung der Betriebsräte, damit diese sich mit den neuen Herausforderungen kompetent auseinandersetzen konnten. Zu verhindern waren die negativen beschäftigungspolitischen Auswirkungen der mit dem technischen Wandel einhergehenden Rationalisierungswelle nicht.

Die Verteidigung der Arbeitsplätze und der Widerstand gegen Kündigungen wurden Schwerpunkte der Arbeit von Betriebsräten – eine für viele neue Erfahrung. Ging es bisher eher um Neueinstellungen oder die Genehmigung von Überstunden, mussten die Betriebsräte jetzt über Maßnahmen gegen betriebsbedingte Kündigungen beraten. Bei der Gewerkschaft stieg die Zahl der Kündigungsschutzklagen von 217 in den Jahren von 1972 bis 1974 auf 1.044 in der Zeit von 1981 bis 1984. Im Drei-Jahres-Rhythmus, von einer Betriebsratswahl zur nächsten, wuchs die Zahl der Betriebe, in denen keine Wahl mehr stattfand, weil es sie nicht mehr gab: »Konkurs«, »Stilllegung«, »aufgelöst«.

»10.000 Arbeitsplätze sind bereits vernichtet«, alarmierte die IG Metall im Frühjahr 1979 die Öffentlichkeit und fragte: »Stirbt die Nürnberger Metallindustrie?«. Innerhalb eines Jahres, zwischen Mitte 1981 und Mitte 1982 fielen dem technischen Wandel 2.200 Arbeitsplätze in 55 Betrieben mit 67.000 Beschäftigten zum Opfer. Im März 1983 veröffentlichte die Gewerkschaft ein neues »ABC der vernichteten Arbeitsplätze« und stellte die Frage: »Jahr für Jahr 3.000 vernichtete Arbeitsplätze weniger in Nürnberg?«

Wandel der Betriebsratsarbeit

Während Politik und Wirtschaft davor warnten, den Standort Nürnberg schlecht zu reden, aber wenig gegen die unbestreitbare Entwicklung taten, versuchten die Betriebsräte, den freien Fall in die Arbeitslosigkeit wenigstens materiell abzufedern. Das Betriebsverfassungsgesetz gab ihnen nun – anders als in den 1950er Jahren – mit dem Werkzeug »Interessenausgleich und Sozialplan« eine Mög-

lichkeit. Sozialplanverhandlungen nahmen jetzt in der Arbeit der Betriebsräte und ihrer IG Metall einen immer breiteren Raum ein. Oft gelang es erst in der Einigungsstelle, unter Einschaltung von Vertretern des Arbeitsamtes oder des Arbeitsgerichts, einen Kompromiss zu finden. Aber Abfindungen aus dem Sozialplan ersetzen keinen Arbeitsplatz und der Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau schafft keinen neuen. So entwickelten IG Metall und Betriebsräte, zuerst bei Grundig, die Idee des Beschäftigungsplans. Nicht Geld aus dem Sozialplan, sondern Qualifizierung für neue Arbeit mit dem Beschäftigungsplan – das war der Ansatz einer neuen gewerkschaftlichen Betriebspolitik, aus dem später die Beschäftigungsgesellschaften entstanden.

Betriebsratsarbeit war inzwischen betriebsübergreifend geworden und hatte es, ähnlich wie nach dem Krieg, mit neuen Herausforderungen zu tun. Es ging nicht mehr nur um die Überwachung der Einhaltung geltender Gesetze und Tarifverträge, um Akkordstreitigkeiten, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. Konkretes Managementhandeln war gefragt. Bei Grundig analysierte der Wirtschaftsausschuss des Betriebsrats in einer dreitägigen außerordentlichen Sitzung die Unternehmenspolitik und suchte nach Alternativen.

Bei Triumph-Adler, wo seit den 1950er Jahren immer öfter die Besitzer wechselten, mussten Betriebsräte zur Konzernmutter VW nach Wolfsburg fahren, und Ende der 1980er Jahre reisten sie mit ihren Vorstellungen für ein alternatives Unternehmenskonzept sogar nach Italien, um dort mit der nunmehr italienischen Konzernspitze zu verhandeln. In den Aufsichtsräten der Unternehmen unterstützten die Arbeitnehmervertreter die Bemühungen der Betriebsräte um den Erhalt der Arbeitsplätze.

In der IG Metall-Verwaltungsstelle Nürnberg hatte im Herbst 1983 Gerd Lobodda meine Nachfolge angetreten, da ich auf dem Gewerkschaftstag zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied der IG Metall gewählt worden war und nach Frankfurt ging.

Früher als Industrie- und Handelskammer und Stadtverwaltung hatte der neue 1. Bevollmächtigte den inzwischen dramatische Formen annehmenden Strukturwandel der Industrie erkannt. Lokale und regionale Strukturpolitik wurde unter seiner Leitung zum Schwerpunkt der Gewerkschaftsarbeit.

Barbara Wittmann

Unser Haus – das Gewerkschaftshaus

Die Geschichte unseres Gewerkschaftshauses ist besonders mit zwei Metallern verbunden, die unermüdlich für »unser« Gewerkschaftshaus gearbeitet und gekämpft haben. Das war zuerst Karl Müller, der Kassierer der Ortsverwaltung Nürnberg des Deutschen Metallarbeiterverbandes bis 1933, und dann Otto Kraus, die sich für den Standort in der heutigen Kartäusergasse und danach für das jetzige Haus am Kornmarkt 5-7, einsetzten.

Hierzu sei ein kurzer Auszug aus dem Geschäftsbericht der IG Metall aus dem Jahr 1950 zitiert: »...Die Geschichte unseres Gewerkschaftshauses ist untrennbar verknüpft mit dem Namen Karl Müller und seiner Tätigkeit bis an sein Lebensende. Es war seiner Initiative zu verdanken, dass im Jahre 1908 das gesamte Grundstück in der Kartäusergasse 12-14 erworben und das Haus des damaligen Deutschen Metallarbeiterverbandes errichtet werden konnte. Der Entschluss, damals 495.000 Mark zu investieren, war sicher kein leichter, aber die Entwicklung verlangte kategorisch die Erstellung von Büroräumen, um der stürmischen Aufwärtsbewegung der Organisation Rechnung zu tragen. So stolz die Errichtung eines Heimes für die Metallarbeiter auch war, im Verlaufe der nächsten Jahrzehnte machte sich doch das Fehlen eines Gewerkschaftshauses für alle Gewerkschaftsverbände schmerzlich bemerkbar. Als im Jahre 1933 Deutschland und mit ihm seine Arbeiterbewegung in die faschistische Tyrannei versank, wurde auch unser Heim und unser gesamtes Vermögen geraubt. Karl Müller, der 1. Kassier der Ortsverwaltung, der bis 1933 im Haus seine Wohnung besaß, wurde zwangsweise entfernt und auf die Straße gesetzt...«

An die Besetzung des Gewerkschaftshauses am 2. März 1933 und die Berichtserstattung in der Fränkischen Tagespost, der ehemaligen SPD-Zeitung, erinnert eine Gedenktafel der IG Metall Nürnberg in der Kartäusergasse 12-14.

Nach 1945 gelang es wieder mit Karl Müller, aber auch mit Otto Kraus und vielen Helfern in mühevoller Arbeit, den Schutt wegzuräumen und das völlig zerstörte Haus wieder aufzubauen. Nach Klärung der Eigentumsverhältnisse konnte das Haus wieder in den Besitz der IG Metall übergehen. Es zeigte sich aber bald, dass das Haus für alle Gewerkschaften viel zu klein war. Ein Erweiterungsbau wurde in den folgenden Jahren fertiggestellt. Doch auch diese Erweiterung reichte nicht aus, alle Gewerkschaften unter einem Dach unterzubringen. So verfolgte Otto Kraus die Idee und den Wunsch mit einer zielsicheren Beharrlichkeit, einen Neubau, in dem alle Nürnberger Gewerkschaften und der

Deutsche Gewerkschaftsbund einziehen könnten, zu verwirklichen. 1972 war es dann so weit. Die Büros im neuen Gebäude Kornmarkt 5-7 wurden bezogen und fast alle Gewerkschaften hatten eine gemeinsame Adresse. Die Odyssee des Nürnberger Gewerkschaftshauses, wie Otto Kraus den Kampf dafür einmal nannte, hatte ein glückliches Ende gefunden. Eine ausführliche Beschreibung zur Geschichte des Nürnberger Gewerkschaftshauses ist in der Biografie von Otto Kraus nachzulesen.

Auszug aus dem Geschäftsbericht 1950 der IG Metall Nürnberg

Unser Gewerkschaftshaus

Die Geschichte unseres Gewerkschaftshauses ist untrennbar verknüpft mit dem Namen Karl Müller und seiner Tätigkeit bis an sein Lebensende. Es war seiner Initiative zu verdanken, dass im Jahre 1908 das gesamte Grundstück erworben und das Haus des damaligen Deutschen Metallarbeiterverbandes errichtet werden konnte. Der Entschluss, damals 495.000 Mark zu investieren, war sicher kein leichter, aber die Entwicklung verlangte kategorisch die Erstellung von Büroräumen, um der stürmischen Aufwärtsbewegung der Organisation Rechnung zu tragen. So stolz die Errichtung eines Heimes für die Metallarbeiter auch war, im Verlaufe der nächsten Jahrzehnte machte sich doch das Fehlen eines Gewerkschaftshauses für alle Gewerkschaftsverbände schmerzlich bemerkbar. Als im Jahre 1933 Deutschland und mit ihm seine Arbeiterbewegung in die faschistische Tyrannei versank, wurde auch unser Heim und unser gesamtes Vermögen geraubt. Karl Müller, der 1. Kassier der Ortsverwaltung, der bis 1933 im Haus seine Wohnung besaß, wurde zwangsweise entfernt und auf die Straße gesetzt.

Durch Kriegseinwirkungen und wiederholte Fliegerangriffe wurde das umliegende Wohn- und Geschäftsviertel in Schutt und Asche gelegt. Wie ein Fels aus dem Meere ragte unser Verbandshaus, wenn auch auf das schwerste beschädigt, aus dem Trümmerfeld der Ruinen. Schon wenige Tage nach Beendigung der Kriegshandlungen begann eine kleine Schar von ehemaligen Funktionären, an der Spitze Kollege Müller, sich um das Anwesen, dessen Einrichtung ein zweites Mal völlig zerstört und ausgeraubt war, zu kümmern. Die Zugangswege und Straßen mussten vom Schutt geräumt werden. Bei jeder finanzieller Mittel, blieb der Appell zur Zeichnung von Kleinst-Darlehen und Spenden nicht ungehört. Es ist das Verdienst alter, in Ehre ergrauter Mitglieder und Funktionäre, besonders aus den Siemens-Schuckert-Werken, durch die Bereitstellung oft ihrer letzten Sparpfennige, den Grundstein zum Wiederaufbau gelegt zu haben. Gestützt auf diese Grundlage, konnte nach der Einführung der Beitragsleistung Stein um Stein, Stück um Stück wieder aufgebaut werden. Der Mangel an Baustoffen verhinderte auch bei uns einen raschen Aufbau.

Ein Rätsel bleibt es, wie in dieser Zeit unser Karl Müller immer wieder den Fortgang des Baues ermöglichte. Das Haus der Metallarbeiter war das einzige, das vor der völligen Zerstörung bewahrt blieb. Alle Eigentümer der anderen Gewerkschaften, sei es das Haus der Holzarbeiter, der Lederarbeiter, der Eisenbahner, der Werkmeister und aller anderen Gewerkschaften, fielen der Kriegsfurie zum Opfer. So war es klar, dass alle anderen Industriegewerkschaften in unser Haus aufgenommen werden mussten, um auch ihnen den Neubau ihrer Organisation zu ermöglichen.

Mehr als 3 Jahre unermüdlicher Arbeit bedurfte es, ehe unser Eigentum aus der von den Besatzungsmächten errichteten Vermögenskontrolle ausgegliedert und in die Treuhänderschaft des Bayerischen Gewerkschaftsbundes übernommen werden konnte.

Mit dieser Übernahme war zwar unser früheres Eigentum dem bisherigen Bayerischen Gewerkschaftsbund und jetzigen Landesbezirk des Deutschen Gewerkschaftsbundes übereignet, aber als Industriegewerkschaft Metall sind wir doch der Rechtsnachfolger des ehemaligen Besitzers, des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Diesen Rechtsanspruch hat die Industriegewerkschaft Metall stets geltend gemacht und deshalb im März 1948 alle Belastungen mit Lokalkassenmitteln abgelöst. Über 150.000 RM verschlang der dringendste Ausbau, die ausschließlich aus der Lokalkasse der IG. Metall, Verwaltungsstelle Nürnberg, entnommen wurden. Nach der Währungsreform wurden DM 60 000.- investiert, um weitere Büroräume, Versammlungssäle und Sitzungsräume zu gewinnen und dringendste Verfallserscheinungen zu beseitigen.

Im Herbst 1950 verursachte der Umbau und die Möblierung zweier Räume, die ausschließlich der Jugend aller Industriegewerkschaften zu Schulungszwecken zur Verfügung stehen, Kosten in Höhe von DM 7.000.-.

Längst ist das Haus mit all seinen Räumen für die Industriegewerkschaften mit ihren 100.000 Mitgliedern zu klein geworden.

Die Erstellung eines Erweiterungsbaues ist eine der vordringlichsten Aufgaben des Jahres 1951, mit dessen Vorarbeiten Karl Müller bereits begonnen hatte. Leider war es ihm nicht mehr vergönnt, die Durchführung dieses Vorhabens zu vollenden. Mit der Gründung der Treuhandverwaltung Igemet unserer Organisation ist nunmehr die rechtsfähige Körperschaft gebildet, auf die unser Eigentum übertragen werden kann. Damit dürfte eine der entscheidendsten Schwierigkeiten der Bauausführung beseitigt sein.

Zum Schluss unseres Berichtes gestatten wir uns auf die Gaststätte mit Nebenraum unseres Gewerkschaftshauses besonders hinzuweisen.

In den Jahren vor 1933 war sie stets der Treffpunkt aller Gewerkschafter, sei es zu ernster Beratung oder zur Pflege der Geselligkeit. Wenn auch die vergangenen Jahre der Not und Entbehrung eine Wandlung im geselligen und kulturellen Leben mit sich gebracht haben, so dürfen wir doch hoffen, daß in der Zukunft die Gaststätte wieder das wird, was sie einst war: Ein Heim aller Gewerkschafter und Kämpfer der Arbeiterbewegung.

Auszug aus dem Geschäftsbericht 1972-1974 der IG Metall Nürnberg

Unser neues Gewerkschaftshaus – modern und zweckmäßig

Mit dem Einzug in das neue Gewerkschaftshaus am Kornmarkt im Oktober 1972 fand ein Abschnitt gewerkschaftlicher Geschichte seinen Abschluss.

Für die Nürnberger Gewerkschaftsbewegung war die Errichtung des Metallarbeiterhauses im Jahre 1908 ein bedeutsames Ereignis. Am Ende des Zweiten Weltkriegs stand das Gewerkschaftshaus schwer beschädigt, inmitten einer Trümmerlandschaft. Bereits 1945 begann unter Führung unseres unvergesslichen Karl Müller eine kleine Schar von Funktionären mit den Aufräumungsarbeiten. Unter schwierigsten Bedingungen, durch Spenden und Kleinstdarlehen der Mitglieder unterstützt, wurde schon 1946 mit dem Wiederaufbau begonnen. Alle Gewerkschaften konnten im Metallarbeiterhaus untergebracht werden und mit dem Wiederaufbau ihrer Organisation beginnen. Trotz eines Erweiterungsbaues und beachtlicher Umbauarbeiten in den Jahren 1951/52 wurde jedoch bald sichtbar, dass die vorhandenen Büro- und Versammlungsräume nicht mehr ausreichten. Eine Renovierung wäre unwirtschaftlich und deshalb nicht mehr vertretbar gewesen. Als die Stadt Nürnberg Interesse an dem Grundstück Kartäusergasse bekundete, wurde nach langen Verhandlungen der Grundstückstausch Kornmarkt abgeschlossen.

Im Jahre 1969 gab der Vorstand der IG Metall das Startzeichen für den Neubau. Der unermüdlige persönliche Einsatz von Otto Kraus für den Bau eines neuen Gewerkschaftshauses in Nürnberg hatte sich gelohnt. Mit der Planung und Durchführung wurde Architekt Prof. G. Dittrich, Nürnberg, beauftragt.

Dominierend und eindrucksvoll an der geplanten Hauptgeschäftsstraße gelegen, wurde in einer Bauzeit von knapp zwei Jahren das neue Gewerkschaftshaus errichtet. Im 8-geschossigen Hochhausstrakt sind die Büroräume, im Verbindungsbau und 1. Obergeschoß die Jugend-, Schulungs- und Versammlungsräume untergebracht. Besondere Anerkennung verdient die großzügige Gestaltung der Sozialräume für alle Beschäftigten des Gewerkschaftshauses.

Bis auf IG Bau-Steine-Erden und die Postgewerkschaft sind alle Gewerkschaften im neuen Haus untergebracht, außerdem die ACE-Geschäftsstelle und die DGB-Ausländerberatungsstelle. Zwei Stockwerke sind an eine Versicherung, Rechtsanwälte und eine Fußbodenbelag-Firma vermietet. Jeder Besucher kann sich von der zweckmäßigen Gestaltung der Räumlichkeiten überzeugen, die verbunden ist mit einer beachtlichen Arbeitserleichterung für die Beschäftigten. Damit ist gleichzeitig eine bessere Betreuung der Funktionäre und Mitglieder gewährleistet.

Bereits in den ersten zwei Jahren wurde das neue Gewerkschaftshaus zum Mittelpunkt bedeutsamer gewerkschaftlicher Veranstaltungen und Aktionen. In diesem Haus wird nicht nur die Tradition der Nürnberger Gewerkschaftsbewegung hochgehalten; es dient auch dem Kampf um den sozialen Fortschritt der arbeitenden Menschen.

Paul Ruppert

Die BRV-Info

Einschätzung und Bedeutung für die Gewerkschaftsarbeit und die Kampfkraft der IG Metall Nürnberg

Beim Lesen von Geschäftsberichten oder Büchern über die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaftsarbeit in Nürnberg und in Bayern begegnen uns immer wieder Hinweise auf die Stärke und die Kraft, insbesondere unserer Metallgewerkschaft.

Auch meine persönlichen Erfahrungen in den unterschiedlichsten Aufgabefeldern – sowohl als ehrenamtlicher Funktionär im Betrieb von 1950 bis 1972 als auch später als hauptamtlicher Funktionär der IG Metall-Verwaltungsstelle Nürnberg von 1972 bis 1992 – haben bestätigt, dass die Nürnberger Metaller in der Tat ein Kraftzentrum innerhalb der Gewerkschaft waren und es bis heute sind. Dies sowohl im Vergleich zum Bund als auch und besonders zum Bezirk Bayern. Diese Bewertung rührt weder von übersteigertem Selbstbewusstsein her, noch bezweckt sie eine Abwertung der Arbeit und Stärke anderer Verwaltungsstellen im Bezirk. Sie lässt sich zudem sicherlich nicht nur mit strukturellen oder personenbedingten Unterschieden erklären. Es muss also noch andere Gründe dafür geben, warum gerade bei uns in Nürnberg die Kraft und Geschlossenheit bei tarifpolitischen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen fast jederzeit abrufbar und in der Regel auch erfolgreich waren.

Einer der für mich schlüssigen Gründe für diese Stärke findet sich gleich zu Beginn dieses Buches wieder, wo Horst Klaus treffend die »Stunde Null« beschreibt. Dabei skizziert Horst Klaus die erste Betriebsräte-Zusammenkunft ohne Genehmigung der Militärregierung, an der etwa 40 Kollegen teilgenommen haben. Es ist sicherlich nicht falsch, dieses Treffen als die Geburtsstunde unserer bis heute durchgeführten Infostunden für Betriebsräte zu bezeichnen.

Diese aus den Ruinen des Zweiten Weltkrieges und der Not der Menschen entstandene Funktionsstelle zwischen den betrieblichen und hauptamtlichen Funktionären, die sich bis zum heutigen Tag fortgesetzt hat und gute Dienste leistet, ist neben unserer Arbeit mit den Vertrauensleuten eine der Schlüsselstellen für Kraft und Erfolg.

Ich darf auch daran erinnern, dass die Arbeitgeber und die Verbandsvertreter diese Einrichtung immer wieder infrage gestellt haben – zu manchen Anlässen offen, in der Regel aber verdeckt über bestimmte betriebliche Vertreter. Wenig bis kaum war dies in den großen, belegschaftsstarken Metallbetrieben der Fall; da war die Sorge vor unkontrollierten Auseinandersetzungen mit dem Betriebsrat oder sogar der gesamten Belegschaft zu groß. In den kleinen und

mittleren Betrieben ohne einen von der Arbeit freigestellten Betriebsrat, in Betrieben mit einem tieferen Organisationsgrad, wo der Betriebseigentümer zugleich auch Chef war, wo Vorgesetzte als verlängerter Arm des Unternehmers Druck gemacht haben, gab es jedoch immer wieder einmal Ärger. Die rechtlichen Grundlagen für die wöchentlichen rund drei Stunden Freistellung im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 zur Teilnahme an diesen Infostunden waren unscharf und umstritten.

In tarifpolitisch oder in gesellschaftspolitisch stürmischen Zeiten nahmen die Versuche der Arbeitgeber und des Vereins der »Bayerischen Metallindustrie«, in unser Räderwerk einzugreifen und zu stören zu – die organisatorische Schaltstelle der Infostunde für Betriebsräte stand da auch immer im Brennpunkt. Die Arbeitgeber wussten wohl um die Bedeutung dieser Drehscheibe und versuchten deshalb, den regelmäßigen Informationsaustausch zwischen Verwaltungsstelle und Betrieb zu stören, um den direkten und unmittelbaren Einfluss der IG Metall in die Betriebe zu behindern oder zu bremsen. In meiner Zeit als ehrenamtlicher Funktionär habe ich selbst immer wieder erlebt, wie in unserem mittelständischen Betrieb die Anmeldung unserer Betriebsratsvorsitzenden zur Teilnahme an der Infostunde durch die jeweiligen Vorgesetzten erschwert wurde. Erst nach mehreren Gesprächen und nicht ohne Druck haben wir eine gute Lösung durchsetzen können.

Authentisch kann ich deshalb schildern, wie bedeutsam diese Nahtstelle zwischen Organisation und Betrieb für unsere betriebliche Gewerkschaftsarbeit war und wie wichtig der unmittelbare Draht war, wenn es gebrannt hat. Die bei den wöchentlichen Sitzungen besprochenen Inhalte der Infostunde waren bei der jeweiligen folgenden Sitzung des Betriebsrates stets Punkt der Tagesordnung und damit Transmissions- und Handlungshilfe zugleich. Die Nähe zwischen Betrieb und Organisation war spürbar, weshalb meine Erinnerungen an diese Infostunde mit der Bindung und dem persönlichen Bezug zwischen den Funktionären im Betrieb und den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltungsstelle als Zentrale gut sind. Die zeitliche Nähe zu den Entscheidungshilfen für uns Betriebsräte, direkt und unmittelbar, waren von großem Vorteil.

Die Infostunden für Betriebsräte fanden wöchentlich, jeweils mittwochs ab 14.00 Uhr im Gewerkschaftshaus statt und wirkten wie ein Feuermelder. Jede betriebliche Brandstelle war schnell lokalisiert. Die Zahl der Teilnehmer in meiner Zeit betrug immer zwischen 90 und 120 Funktionäre, alle großen Betriebe waren vertreten, wenn nicht mit dem Vorsitzenden des Betriebsrates, dann zumindest mit einem anderen wichtigen Funktionär. Viele Betriebsratsvorsitzende aus dem mittelständischen Segment waren dabei, Frauen und Männer, Arbeiter und Angestellte, deutsche genauso wie ausländische Kollegen waren vertreten. Dieser Personenkreis war eine Vertretungsmacht der Beschäftigten der Nürnberger Metallindustrie schlechthin. Ohne schriftliche Einladung und ohne

schriftliche Tagesordnung wurden die Infostunden in wöchentlichem Rhythmus nach Aktualität und Schwerpunkten gegliedert und alle für unsere Aufgaben bedeutsamen Themen besprochen. Betriebliche Vorgänge bzw. Vorfälle konnten unmittelbar diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht und Gegenstrategien sowie Widerstand aufgebaut werden. So waren in der Regel zwei Stunden gefüllt mit Information und Diskussion zu wichtigen Fragen wie Stimmungen im Betrieb und zu den Positionen IG Metall Nürnberg.

Rückblickend auf meine aktive Zeit frage ich mich, warum die Arbeitgeber in der Zeit bis zum neuen Betriebsverfassungsgesetz von 1972, das unsere Rechte doch erheblich gestärkt hat, nicht mit mehr Druck versucht haben, diese Infoplattform, dieses Kraftfeld unserer Arbeit zu stören.

Bis in die 1990er Jahre war das Telefon als schnelle Unterrichtsquelle zum einzelnen Betriebsratsbüro ein vielgenutztes Mittel. Die heute gängige Einrichtung mit PC und Internet steckte noch in den Kinderschuhen.

Auch wenn diese neuen Formen der Information heute in fast allen größeren Betriebsratsbüros genutzt werden, wenn Netzwerke einen schnellen Austausch von Nachrichten ermöglichen, war und ist doch der persönliche Kontakt, die persönliche Beziehung der Kolleginnen und Kollegen untereinander (noch) nicht zu ersetzen. Die persönliche Diskussion, der direkte und regelmäßige Gedankenaustausch im Kreis der wichtigen Funktionsträger wird auch noch in den nächsten Jahren zentral bleiben.

Es war nicht zuletzt Karl Schmidbauer, der die Betriebsratsinfostunde geprägt hat, der im Wandel der Aufgaben bis zu seinem Ausscheiden immer wieder mit Nachdruck darauf gedrängt hat, dass die Zahl der Teilnehmer und das Interesse bei den Kolleginnen und Kollegen hoch blieb, nicht zuletzt auch zum Erhalt unserer Kampf- und Finanzkraft.

Die Bindung unserer Funktionäre an »ihre IG Metall«, die Selbstverständlichkeit, mit der die Teilnahme genutzt wurde, war beeindruckend. Natürlich gab es auch immer wieder Kritik aus den Reihen unserer Vertrauensleute über eine vermeintliche Dominanz und Privilegierung der Betriebsräte, über eine zu kopflastige Arbeit unserer Organisation, über einen Vorsprung an Information und über die noch immer fehlende rechtliche Absicherung unserer Vertrauensleute, sei es durch Gesetz oder Tarifvertrag. Die Kritik flammte immer dort besonders auf, wo Spannungen bestanden, wo bei notwendigen betrieblichen Aktionen – häufig im Rahmen von Tarifikämpfen – zwischen Vertrauensleuten und Betriebsräten keine Aktionsgemeinschaft bestand. Dies führte in unseren monatlichen Sitzungen der Vertrauenskörperleitungen oder direkt in den Sitzungen der Vertrauensleute auf der betrieblichen Ebene immer wieder zu Diskussionen.

In Betrieben, in denen die Zusammenarbeit gut lief, wo Betriebsräte und Vertrauensleute als Gegenmacht zur Arbeitgeberseite gemeinsame Sache machten

und wo Standpunkte klar und deutlich sichtbar wurden, gab es solche Diskussionen und Reibereien nicht.

Um meine gemachten Erfahrungen zusammenzufassen und das Gewicht unserer Arbeit vor Ort zu bewerten, kann ich festhalten, dass Einrichtungen wie diese Nürnberger Informationsstunde für Betriebsräte heute nicht oder noch nicht zu ersetzen oder zu vernachlässigen sind.

Eine Erinnerung an den Beginn meiner Arbeit in der Verwaltungsstelle Nürnberg ist eine Betriebsratsinfostunde an einem Mittwoch im April 1972, gemeinsam mit Karl Schmidbauer.

Damals erreichte uns die Nachricht aus Bonn vom Versuch der Union, unseren Kanzler Willy Brandt durch ein »Konstruktives Misstrauensvotum« zu stürzen. Ohne einen einzigen Widerspruch verabschiedete die Infostunde die auf Antrag formulierte Resolution gegen dieses Vorhaben an die damalige Bundesregierung.

Rund 100 Teilnehmer der unterschiedlichsten Couleur – von Parteilosen über Unionisten, von Kommunisten bis Sozialdemokraten spannte sich der Bogen – haben gemeinsam und kollegial die Formulierung diskutiert und beschlossen.

Die Einheit und die Einigkeit für die Sache der Arbeitnehmer über kleinliche Unterscheidungen hinweg, sind mir bis heute ein Beispiel.

Paul Ruppert

Nürnberger Tand

Dies sind Erinnerungen an Nürnberg, an einen wirtschaftlichen und industriellen Standort, einen Mittelpunkt für die Menschen Frankens, ein Zentrum der Metallindustrie von den großen Betrieben über die Mittelbetriebe bis zum Handwerk, ganz persönlich und aus der Sicht der IG Metall. Vorab aber eine Erläuterung zum Begriff Nürnberger Tand:

»Nürnberger Tand geht durch alle Land«. Aus dem 15. Jahrhundert ist das Sprichwort »Nürnberger Hand geht durch alle Land« überliefert. Das »Hand« bezieht sich hierbei auf Handwerkserzeugnisse. Das Ersetzen der »Hand« durch »Tand« entstand im 19. Jahrhundert und bezog sich auf die in der Firma Noris hergestellten Qualitätsprodukte, insbesondere die der Spielwarenindustrie.

Nach dem Zusammenbruch des verbrecherischen Nazi-Regimes 1945, mit den unmessbaren Schäden an Land und Leuten, keimte so ab Ende der 1940er Jahre wieder etwas Hoffnung. Die Stadt Nürnberg mit ihrer dichten industriellen Struktur, mit all den Möglichkeiten, war trotz der fast flächendeckenden Zerstörungen, Hoffnung und Anziehungspunkt nicht nur für Menschen, die direkt in Nürnberg wohnten. Nein, Nürnberg war Mittelpunkt, war Zentrum und Chance für die ganze Region.

Wer kennt sie noch, die Pendlerströme, die aus allen Himmelsrichtungen mit Zügen und Bussen früh am Morgen in die Stadt gefahren sind und mit den Nürnbergerinnen und Nürnbergern gemeinsam in den Werkstätten und Fabrikationshallen, an den Maschinen und Fertigungsbändern verschwanden und nach Schichtende oder spät am Abend wieder den Heimweg antraten.

Beim Schreiben dieser Zeilen schleichen sich die persönlichen Erinnerungen ein, dabei gewesen zu sein bei den vielen Frauen und Männern, die in Nürnberg an Maschinen und Bändern gearbeitet haben. Im Akkord, im Zeitlohn, als Angelernte oder Ungelernte, so die damalige Bezeichnung, an die vielen Lehrlinge, die auch dabei waren, an alle, die damit ihren Lebensunterhalt gesichert haben und für die Nürnberg und seine Metallbetriebe Existenzsicherung und Hoffnung zugleich waren.

Eine Vielzahl qualifizierter Metall- und Angestelltenberufe für Frauen und Männer waren zu besetzen und Ausbildungsplätze für fast alle Metallberufe standen zur Verfügung. Nicht nur für die Nürnberger selbst war das industrielle und handwerkliche Nürnberg die Grundlage für ein wenig Wohlstand und Teilhabe. Besonders auch für die Menschen rund um Nürnberg, die aus über-

wiegend landwirtschaftlich geprägten Gegenden mit Entfernungen bis 50 km und mehr einfache Anfahrt täglich pendelten, galt dies in besonderer Weise.

Wer erinnert sich noch an die Straßenzüge im Süden, im Osten, im Westen und Norden, die dominiert waren von Metallbetrieben der unterschiedlichsten Belegschaftszahlen und Produktpaletten. Wer kennt sie noch, die Stadtviertel mit hoher industrieller Dichte, in denen Menschen gewohnt und gearbeitet haben, so in der Südstadt, in Langwasser, in Gostenhof, in der Fürther Straße und der Äußeren Bayreuther Straße, um einige Schwerpunkte zu nennen. Der Versuch einer lückenlosen Aufzählung muss scheitern, zu riesig sind die Verwerfungen der letzten 65 Jahre. Wenige Beispiele sollen deshalb genügen, um an den damaligen Zustand zu erinnern.

Eine beigegefügte Betriebsliste aus den frühen 1970er Jahren mit den damaligen Belegschaftszahlen, Basis waren die Betriebsratswahlen und die Liste aus der IG Metall Dokumentation BR-Wahlen 1950-1984, beschreiben Größe und Wandel.

Betrachten wir uns einmal gemeinsam die Fürther Straße. Abgehend vom Plärrer nach Südwesten gab es nach wenigen Metern auf der rechten Seite einmal die Firma Schuco (Schreyer und Co), ein Traditionsbetrieb für Spielwaren mit rund 230 Beschäftigten im Jahr 1974. Fast gegenüber, links in der Oberen Kanalstraße, produzierte die Firma Mahr mit rund 110 Beschäftigten für die Automobilindustrie; und ein Stück weiter, auf dem ehemaligen Gelände der NSF (Nürnberger Schraubenfabrik) war die AEG Telefunken mit immerhin ca. 800 Beschäftigten zu finden, die elektrische und später elektronische Bauteile herstellten. Weiter geht es in Richtung Fürth, dort in Fahrtrichtung rechts gab es die Diaprojektoren und Ferngläser produzierende Firma Camera Braun mit ca. 480 Beschäftigten; etwas weiter die Firma Noris-Tachometer mit 140 Arbeitsplätzen, die Firma Urbanek mit 190 Beschäftigten und vor 1974 noch die Firma Keim mit 250 Arbeitsplätzen. Weiter in Richtung Fürth folgen die Schwergewichte Triumph-Adler mit rund 4.600 Beschäftigten und die AEG Hausgeräte mit fast 5.500 Beschäftigten. Hergestellt wurden hier überwiegend Waschmaschinen und Trockner, so genannte Weiße Ware. Etwas weiter rechts im Pegnitzgrund befand sich die Firma BMF mit um die 500 Arbeitnehmern, die Haushaltsartikel produzierte – dies eine Bestandsaufnahme der 1970er Jahre.

Nach AEG Telefunken und Mahr auf der linken Seite folgte dann die Firma Balmberger (Anstecknadeln, Abzeichen, Orden) mit rund 40 Beschäftigten, etwas weiter entfernt, schon in der Hans-Bunte-Straße, nah am Frankenschnellweg, folgt die Feuerverzinkerei Wiegel mit 130 Arbeitnehmern, sodann die Ardie-Werke (Motorräder, Hydraulik) mit 230 Arbeitnehmern in der Sigmundstraße, in der Nähe die Leistungshalbleiter herstellende Firma Semikron mit mehr als 600 Beschäftigten; und fast in Fürth folgt noch die Firma Zipp mit rund 750 Beschäftigten. Zipp war auf die Produktion von Reißverschlüssen speziali-

30 ausgewählte Betriebe mit über 500 Beschäftigten (BR-Wahlen 1975)

	Betrieb	Beschäftigte	Betrieb	Beschäftigte	
1	AEG Hausgeräte	5.215	17	Grundig Werke	6.341
2	AEG Telefunken	757	18	Herkules	1.259
3	AEG Kanis	1.107	19	Kabelmetal	2.401
4	Alcan	1.486	20	Kugelmüller	1.342
5	Alumetal	978	21	Leistritz	587
6	Bosch Werk 1	1.097	22	Metrawatt	895
7	Bosch Werk 2	2.257	23	Mannesmann	863
8	Diehl Werk 8	1.545		Demag	
9	Diehl Werk 3	1.397	24	MAN	7.165
10	Diehl Werk 4	1.443	25	Siemens NMA	4.511
11	Eberle	725	26	Siemens NZ	1.825
12	Eckart Werke	752	27	Siemens Trafo	2.162
13	Faun Werke	1.471	28	SEL Platenstraße	2.243
14	Fella Werke	714	29	Triumph Adler	4.608
15	F & G	2.434	30	VDM (Cebal)	1.593
16	F & G Kabel	631		Gesamt	61.804

siert. Allein die Addition dieser Betriebe mit Betriebsräten, die von der IG Metall betreut wurden, also ohne »Sonstige«, die es ja auch noch gab an der Fürther Straße, ergab rund 15.000 Arbeitsplätze.

Betrachten wir als ein anderes Beispiel die Bayreuther Straße von Nordosten kommend, so sehen wir ein vergleichbares Bild. Bereits bei der Einfahrt nach Nürnberg, kurz nach der Autobahn steht auf der linken Seite die Firma F&G (elektronische Bauteile), dann folgt Mercedes, die Firma Neumeyer, später Kabel Electro bzw. ein anderer Teil Kabel Messing; es folgt Kugelmüller (hochwertige Kugellager), Intermetall, die Schaltschrankelemente produzierende Firma Eberle, die Firma Röchling sowie die Elektroteilefirma Auernhammer & Benedikt.

Auf der rechten Seite war die betriebliche Dichte etwas geringer, die Firmen Hering, Hintermayr und Schatt habe ich noch in Erinnerung. Also auch an dieser Einfallstraße wie im Westen zählten wir rund 7.000 Arbeitsplätze in den von uns betreuten Betrieben. Die Auflistung kann ich fortsetzen, eine weitere Ballung Nürnberger Metallbetriebe mit wohlklingenden, ja weltweit bekannten Namen, alle mit Betriebsräten der IG Metall lagen im Süden unserer

Stadt. Stadtviertel wie Steinbühl oder Gibitzenhof, mit den Unternehmen Siemens, vertreten durch die NMA (Nürnberger Maschinen und Apparatebau), dem Nürnberger Zählerwerk und der Firma Trafo-Union oder Trafo-Werk, der MAN, daneben die Firma Leistriz und nicht zu vergessen die Firma AEG-Kanis, wurden durch diese Arbeitsplatzdichte geprägt. Alles zusammen waren das für diesen Bereich rund 18.000 Beschäftigte.

Weiter geht es mit Schweinau: Dort finden wir Werk 1 und 2 des Automobilzulieferers Bosch, dann die VDM, die später Cebal hieß, dazwischen der Stadtteil Sandreuth, von der Werderau getrennt durch die Nopitschstraße mit den Firmen Alcan, Alumetal, dem Zweiradhersteller Hercules und der Firma Schulte & Schmidt (Spritzgussteile). All diese Firmen waren die tägliche Anlaufstelle für mehr als 25.000 Frauen und Männer. Die dazwischen und daneben liegenden Klein- und Handwerksbetriebe sind dabei noch nicht gezählt.

Ein relativ neues Stadtviertel kennzeichnet einen weiteren Beschäftigungsbrennpunkt. Es geht um Langwasser und dabei um das Unternehmen Grundig, weltweit bekannt für die Herstellung von Unterhaltungselektronik, und es handelt sich um die erheblich kleinere, nichtsdestotrotz ebenfalls mit einem guten Namen belegte Firma Metrawatt (Leiterplatten und Elektroteile), umgezogen nach Langwasser von der zu engen Lage in der Welsersstraße. Auch hier stehen wieder ca. 7.000 Arbeitsplätze zu Buche.

Nicht vergessen werden darf das Umland, das Nürnberger Land, das ebenfalls zu unserer Verwaltungsstelle gehört, mit Namen wie die Fella Werke für Landmaschinen in Feucht, die Diehl Werke in Röthenbach mit Diehl Werk 3, dem Buntmetall-Werk, und dem Rüstungswerk (Werk 4) sowie mit der Firma Demag (Kunststoffspritzmaschinen). In Lauf folgen der Hersteller für Präzisionsschneidewerkzeuge Emuge, die Firma Faun (Nutzfahrzeuge, Erdbewegungsfahrzeuge, Bagger und Krane) und etwas weiter im Gebirge die Firma Eckart-Werke (Metallpulverproduzent zur Farbenherstellung). Unter dem Strich sind das rund 8.000 Beschäftigte. Die Aufzählung und die Summe dieser Arbeitsplätze lässt erahnen, welche beschäftigungspolitische Bedeutung die Metallindustrie für Nürnberg und unseren Zuständigkeitsbereich hatte und hat.

Filtern wir uns einmal rund 30 der größeren Betriebe mit je ca. 700 Beschäftigten heraus, die wir über Betriebsräte und Vertrauensleute betreut haben – alles auf dem Stand der Zahlen der BR-Wahlen von 1975 – so ergibt sich die ansehnliche Summe von insgesamt 62.000 Arbeitsplätzen für Nürnberg und das Nürnberger Land. Nur wer diese Zahlen kennt, wer sie vergleicht mit den Zahlen der Betriebsräte Listen aus dem Jahr 2007, wer die Firmennamen und die Standorte im Stadtgebiet und darüber hinaus sucht und nicht mehr findet, nur der kann ermessen, welch einem riesigen Strukturwandel die Nürnberger Metallindustrie seit Anfang/Mitte der 1970er Jahre unterworfen ist – und damit auch unsere IG Metall.

Die Auswirkungen dieser Umbrüche, diese Verwerfungen mit den Folgen für die betroffenen Menschen, die Schicksalsschläge für viele Tausende, die mit diesen Zahlen beschrieben werden, werden erst dann wieder deutlich ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt, wenn die Interessensgegensätze durch spektakuläre Arbeitskämpfe wie z.B. der AEG, die Stadt und die Region erschüttern.

Die nebenstehende Liste mit den schon erwähnten 30 Betrieben der Nürnberger Metallindustrie ist eine Auswahl. Sie ist nicht vollständig, aber doch repräsentativ. Die Betriebe hatten gute Namen, auch für uns als IG Metall. Die Zahlen stammen aus den Ergebnissen der Betriebsratswahlen 1975 und sind damit authentisch. Alle Betriebe unseres Zuständigkeitsbereiches aus Industrie und Handwerk aufzuführen, war nicht Ziel dieser Beschreibung. Die Gesamtzahl der Betriebe ist in den periodischen Geschäftsberichten und Wahlunterlagen unserer Verwaltungsstelle dokumentiert. Allein die Beschränkung auf die folgenden Betriebe in Nürnberg und Nürnberger Land, die 1975 rund 62.000 Arbeitsplätze erfassten, unterstreicht den rasanten Arbeitsplatzvernichtungsprozess und den Stellenwert für unsere Menschen in Franken und kennzeichnet auch die politische Kraft für unsere Arbeit.

Abschließend soll beispielhaft ein überschaubarer, aber für die Stadt und den Ruf Nürnbergs historischer Industriezweig skizziert werden. Die Spielwarenindustrie und was daraus durch die Veränderungen und die Umbrüche in den letzten 60 Jahren geworden ist und für die Zukunft auch in anderen Industriezweigen und Branchen zu erwarten sein wird.

Nürnberg war schon immer auch ein Standort der Spielwarenherstellung. Daher kann man Nürnberg auch die Spielzeugstadt nennen. Wer in der Stadtgeschichte blättert, wird schnell fündig. Bis weit zurück ins Mittelalter lassen sich Herstellung und Vertrieb von Spiel- und Eisenwaren nachweisen und hatten für die Stadt und ihre Bürger große Bedeutung. Der alte Spruch, der vielen Menschen geläufig ist, »Nürnberger Tand geht durch alle Land«, unterstreicht dies und bestätigt, wie Spielwaren und ihre Herstellung zur Nürnberger Industriegeschichte gehörten. Auch die noch immer regelmäßig stattfindende Spielwarenfachmesse unterstreicht die Bedeutung eines Zweiges, der gemessen und verglichen mit den Arbeitsplatzzahlen anderer Branchen oder anderer Sparten doch eigentlich recht bescheiden war.

Nur als ein Beispiel sei die Firma Schreyer & Co, kurz Schuco, genannt – ein Hersteller von Blechspielzeug, speziell Autos in allen Varianten und Spielmöglichkeiten. Weltweit bekannt und noch heute, mehr als 30 Jahre nach dem Zusammenbruch der Firma, werden deren Produkte und Modelle von Sammlern und Liebhabern gesucht. Das unterstreicht deutlich, mit welcher Qualität und Präzision, mit welcher Objektivgenauigkeit damals im Bereich des Blechspielzeugs in den Nürnberger Betrieben gearbeitet wurde. Die hohe Qualität und Originalität der Modelle sowie der eingesetzte Werkstoff Metall hatten ihren Preis.

Die immer stärker auf den Markt drängende Konkurrenz aus Südostasien mit dem billigeren Werkstoff Plastik, der zugleich einfacher und damit wirtschaftlicher zu verarbeiten war, brachten bald das Ende.

Zumal es zwischen den einzelnen Herstellern wenig Gemeinsamkeit und Kooperationsbereitschaft gab, um sich der neuen Lage zu stellen. Die damalige Betriebsratsvorsitzende bei Schuco, unsere Kollegin Ria Schnabel, eine Kämpferin für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen, war viele Jahre auch in verantwortlicher Funktion der Nürnberger IG Metall, musste den Absturz ebenfalls miterleben.

Wie gesagt, ein wesentliches Standbein der mittelständisch geprägten Spielwarenindustrie lag in den 1970er Jahren noch immer auf dem Werkstoff Metall, dem Blech. Die zwingend erforderliche, schnelle Umstellung in kostengünstigere Fertigungsverfahren mit dem neuen Werkstoff Kunststoff gelang nicht immer in der notwendigen Zeit. Getroffen von dieser Entwicklung waren auch andere Blechspielzeughersteller wie die Gebrüder Einfalt und die Firma Kellermann sowie viele kleine handwerklich strukturierte Zulieferer wie die Blechdruckereien. Die wenigsten konnten sich diesem Sog entziehen.

Anders als bei der Firma Schuco, die wie erwähnt schon Mitte der 1970er Jahre die Segel streichen musste, ging der Kampf der Modellbahnbauer weiter. Das hochwertige Spielzeug Modelleisenbahn, gefertigt speziell in den Spuren H 0 und N, konnte nicht so schnell durch alternative, billige Werkstoffe ersetzt werden und fand damals und findet heute immer noch Liebhaber. Besonders die Firmen Trix, Fleischmann und Arnold, alles Namen, die Modellbahnliebhabern geläufig sind, alles Hersteller von extra Qualitätsspielzeug, von Modellbahnen exzellenter Modelltreue und Präzision, haben bis in die jüngste Zeit weiter gekämpft. Zuerst traf es die Firma Arnold mit der Spurbreite N: 1995 kam das Ende. 1997 wurde die Firma Trix mit wenig Glück von Märklin übernommen und ging dann mit Märklin in die Insolvenz. Die Firma Gebrüder Fleischmann hatte ebenfalls schwer zu kämpfen, machte in Nürnberg dicht und verlagerte den Rest der Produktion an den Standort Heilbronn. Ebenso ist die Firma Lehmann, ein Erbauer großer Modellbahnen, durch Insolvenz vom Markt verschwunden.

Mit diesem Abschluss scheint die große Zeit der Spielwarenherstellung von Präzisionsspielzeug in Nürnberg im Jahr 2010 erst einmal beendet zu sein. Ob und wie es damit bei uns weitergeht, lässt sich nur schwer beurteilen.

Vergleicht man die Verluste an Arbeitsplätzen durch den Strukturwandel, den wir in den sonstigen Branchen hinnehmen mussten, mit dem Verlust von rund 800 Arbeitsplätzen in der Spielwarenindustrie, verteilt über einige Jahre, war es für die persönlich betroffenen Arbeitnehmer gleichwohl ein schwerer Schlag, indes die Wirkungen für unsere Stadt, für unsere Verwaltungsstelle beherrschbar.

Diese Erinnerung kann allerdings nicht schließen ohne einen Rückblick auf vergangene Zeiten, also auf die Zeit Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre, als in großen gesellschaftlichen Konflikten für kürzere Arbeitszeiten und für mehr und gerechtere Einkommen gestritten wurde. Die beeindruckenden Bilder der riesigen Demonstrationen, als fast komplette Belegschaften geschlossen und mutig für ihre Sache auf die Straße gegangen sind, ist für viele hoffentlich kein Blick zurück mit Wehmut, sondern Ansporn und Verpflichtung für die Zukunft.